

# Schleswig-Holsteinischer Landtag

14. Wahlperiode

## Plenarprotokoll 14/31

### 31. Sitzung

Kiel, Freitag, 25. April 1997

#### **A 20 und Elbquerung in das Kartenmaterial . . . 3** **der Landesraumordnungspläne aufnehmen**

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/654

Martin Kayenburg (CDU)

Lothar Hay (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Beschluß: Ablehnung

#### **Bestandsregulierung des Kormorans . . . . . 16**

Antrag der Fraktion der F.D.P.Drucksache 14/636

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Ingrid Franzen (SPD)

Claus Hopp (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk (SSW)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beschluß: Überweisung an den  
Umweltausschuß und den  
Agrarausschuß

#### **Projekt: Weiterbildungsmakler . . . . . 27**

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/653

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/681

Martin Kayenburg (CDU)

Birgit Küstner ((SPD)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ute Erdsiek-Rave (SPD)

Beschluß: Annahme

#### **Fahndungskapazitäten der Polizei . . . . . 32** **in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/659

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister  
 Meinhard Füllner (CDU)  
 Peter Zahn (SPD)  
 Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE  
 GRÜNEN)  
 Wolfgang Kubicki (F.D.P.)  
 Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Überweisung an den Innen- und  
 Rechtsausschuß

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE  
 GRÜNEN)  
 Lothar Hay (SPD)

\* \* \* \*

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes . . . 39  
 zum Staatsvertrag über Mediendienste  
 (Mediendienste-Staatsvertrag)**

Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 14/629  
 Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und  
 Rechtsausschusses Drucksache 14/668

Heinz Maurus (CDU), Berichterstatter

Beschluß: Verabschiedung

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes . . . 39  
 zu dem Staatsvertrag über die Bestimmung  
 aufsichtsführender Länder nach Artikel 87  
 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes für die  
 Bundesrepublik Deutschland**

Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 14/642  
 Bericht und Beschlussempfehlung des  
 Sozialausschusses Drucksache 14/680

Frauke Walhorn (SPD), Berichterstatterin

Beschluß: Verabschiedung

**Fragestunde . . . . . 40**

Frage Nr. 1

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)  
 Claus Möller, Minister für Finanzen und  
 Energie  
 Wolfgang Kubicki (F.D.P.)  
 Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE  
 GRÜNEN)  
 Konrad Nabel (SPD)  
 Lothar Hay (SPD)  
 Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Frage Nr. 2

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)  
 Claus Möller, Minister für Finanzen und  
 Energie  
 Günter Neugebauer (SPD)

Regierungsbank:

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin

**Gerd Walter**, Minister für Justiz, Bundes-  
 und Europaangelegenheiten

**Gisela Böhrk**, Ministerin für Bildung,  
 Wissenschaft, Forschung und Kultur

**Dr. Ekkehard Wienholtz**, Innenminister

**Angelika Birk**, Ministerin für Frauen, Jugend,  
 Wohnungs- und Städtebau

**Claus Möller**, Minister für Finanzen  
 und Energie

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft,  
 Technologie und Verkehr

**Hans Wiesen**, Minister für ländliche Räume,  
 Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit  
 und Soziales

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt,  
 Natur und Forsten

\* \* \* \*

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne  
 die heutige Sitzung.

Erkrankt ist Herr Abgeordneter Gerckens, und  
 beurlaubt ist Herr Abgeordneter Storjohann.

Auf der Tribüne begrüße ich Besuchergruppen von der Grone-Schule Kiel, der Grund- und Hauptschule Mittelschwansen Kleinwaabs und der Realschule Sandesneben. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Außerdem darf ich in der Loge einen weiteren Gast aus Weißrußland begrüßen, der heute erstmals hier zu Besuch ist. Ich begrüße den Vorsitzenden der Weißrussischen Sozialdemokratischen Partei, Nikolai Statkewitsch.

(Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, habe ich noch etwas anderes zu sagen. Ich habe mir einmal das Protokoll der Sitzung vom Mittwoch geben lassen und fand dort - was mir entgangen war - den Zwischenruf des Abgeordneten Konrad Nabel „Schwarze Brandstifter“. Das ist ein absolut unparlamentarischer Ausdruck, Herr Nabel! Dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

- Es ist so laut, als befänden wir uns am Ende einer Sitzung. Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten, damit wir heute rechtzeitig fertig werden.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 12 auf:

#### **A 20 und Elbquerung in das Kartenmaterial der Landesraumordnungspläne aufnehmen**

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/654

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Ich erteile Herrn Abgeordneten Kayenburg das Wort.

**Martin Kayenburg** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Mehrheit dieses Hauses ist sich sicherlich darüber einig, daß die **A 20** und eine **Elbquerung** westlich von Hamburg kommen müssen. Allerdings gibt es über die Methode und den Weg der Durchführung, die Realisierungsmöglichkeiten und das Tempo der Realisierung offenbar unterschiedliche Auffassungen.

Wir halten es für dringend erforderlich, auch in das Kartenmaterial des Landesraumordnungsplanes, der Regionalpläne und der Pläne für die Metropolregion Hamburg eine „Aufdruckstrecke“ für die A 20 und die Elbquerung aufzunehmen. Wir werden die Landesregierung immer wieder mahnen - auch wenn sie es nicht mehr hören mag. Wir sind überzeugt, daß unsere Auffassung richtig ist. Die A 20 und eine Elbquerung sind die wichtigsten Infrastrukturinvestitionen für dieses Jahrhundert, vielleicht sogar für das kommende Jahrtausend.

(Beifall bei der CDU)

Schleswig-Holsteins Zukunft hängt maßgeblich von diesen Investitionen ab. Wir sind außerdem überzeugt, daß wir mit unserer Forderung auch Erfolg haben werden. Deshalb werden wir nicht müde und in unserem ceterum censeo nicht nachlassen.

Unsere Forderung ist auch wichtig und aktuell, denn die Ereignisse um die Planfeststellung der A 20 im Raum Lübeck haben wieder die Zerstrittenheit dieser Landesregierung offenkundig werden lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wie weit sind wir eigentlich gekommen, wenn Frau Dr. Winking-Nikolay, die zu den Fraktionen gehört, die die Regierung tragen, Klagen gegen genau diese Regierung unterstützt!

Wir sind der Auffassung, daß mit der **Planfeststellung der A 20 im Raum Lübeck** ein erster entscheidender Schritt getan, ein wichtiges Signal für unser Land gesetzt wurde. Ich stehe auch nicht an zu unterstreichen, daß das Planfeststellungsverfahren - jedenfalls nach meiner Auffassung - im Hinblick auf seine Problematik und seinen Umfang zügig und mit großem Einsatz der Mitarbeiter und der zuständigen Behörden erfolgt ist. Unser Dank gilt allen, die daran beteiligt waren, aber auch dem Wirtschaftsminister mit seinem Engagement, in dem er sich - wie er ja selbst gesagt hat - manchmal auch alleingelassen fühlte.

(Beifall bei der CDU)

Der Zeitraum für das Verfahren war angemessen. Das läßt für die weiteren Planfeststellungen in Richtung Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Richtung Bad Segeberg hoffen.

Mit der A 20 wird im Raum Lübeck mit einer Infrastrukturinvestition begonnen, die

Grundvoraussetzung für weitere Investitionen ist. Wir sollten uns wenigstens darin einig sein, daß Investitionen im Vergleich mit Beschäftigungsgesellschaften immer noch das bessere Arbeitsbeschaffungsprogramm sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das kommt sicher darauf an, darüber können wir dann ja diskutieren.

Herr Hentschel, damit das planfestgestellte Autobahnstück kein Torso bleibt und der weitere Bau der A 20 und der Elbquerung nicht verblendeter grüner Ideologie zum Opfer fällt,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

gehören **Aufdruckstrecken** auch in die **Regional- und Raumordnungspläne**. Es reicht nicht, es bei verbalen Beteuerungen zu lassen.

Schon die geplante Ausweisung des Naturschutzgebietes Wakenitz beweist, daß der grüne Teil dieser Landesregierung nichts unversucht lassen wird, die Elbquerung und die Autobahn zu torpedieren.

(Beifall bei der CDU - Demonstrativer Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Fröhlich, dazu ist Ihnen offenbar jedes Mittel recht. Das Umweltministerium hat keine Bedenken, wider besseres Wissen in der Antwort auf eine Kleine Anfrage zu behaupten - -

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das werde ich begründen, lieber Herr Matthiessen!

Das Umweltministerium hat keine Bedenken, wider besseres Wissen in der Antwort auf eine Kleine Anfrage darauf hinzuweisen, daß ein unmittelbarer Einfluß der **Ausweisung eines Naturschutzgebietes** auf die **Fachplanung**, einschließlich des Planfeststellungsverfahrens für die A 20, nicht erkennbar sei.

Das MUNF vertritt ferner die Auffassung, daß die Rechtspositionen von **Klägern** - das gilt dann wohl auch für Verbandskläger - durch die Ausweisung von

Naturschutzgebieten nicht verändern, das heißt auch nicht verbessert würden. Was ist das denn für eine Rechtsauffassung?

Schließlich behauptet das MUNF, daß durch die Ausweisung eines Naturschutzgebietes die Größenordnung der Ausgleichsflächen für den Bau der A 20 nicht steige und zusätzliche **Kosten** durch die Ausweisung von Naturschutzgebieten auf dieser Trasse nicht entstehen würden.

Weiter vertritt das Umweltministerium für die Landesregierung die Auffassung, daß es durch die Ausweisung eines Naturschutzgebietes nicht zu **Verzögerungen** bei der Planung und dem Bau kommen könne. Wenn die Landesregierung insoweit recht hätte, stellte sich die Frage, welchen Wert der Ausweis von Naturschutzgebieten überhaupt noch hat.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum regen Sie sich dann auf?)

Andersherum: Wenn in der Antwort auf die Kleine Anfrage ein Vorrang der A 20 als Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ anerkannt wird, was soll dann der Streit zwischen dem Umwelt- und dem Verkehrsminister über die Planfeststellung im Raum Lübeck?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mit diesen Antworten wird die Landesregierung unglaublich und läßt es zu - dadurch kommt das nämlich -, daß Mißtrauen hinsichtlich der weiteren Planungsdurchführung der A 20 und der Elbquerung westlich von Hamburg entsteht.

Im **Kartenmaterial** aller neu aufgelegten Pläne wird die **Aufnahme von Biotopverbundsystemen** wie selbstverständlich hingenommen. Die künftigen Planungen der A 20 werden aber gerade dadurch erschwert, weil diese Biotopverbundsysteme - jedenfalls überwiegend - quer zu den annehmbaren Trassenverläufen der A 20 angelegt sind.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Landesregierung beschreibt im Landesraumordnungsplan die A 20 als Teil der Via Hanseatica. Ebenfalls ist dort die westliche Elbquerung von Hamburg verbal erwähnt. Eine Verankerung - auch wenn eine Begründung für eine Entlastung dort

beschrieben ist - in den entsprechenden Karten ist aber bis heute nicht festzustellen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Biotope werden nicht geschaffen, die sind vorhanden!)

- Lieber Herr Matthiessen, es geht nicht um Biotope, sondern es geht um die Ausweisung von Naturschutzgebieten. Sie wissen genau, daß Naturschutzgebiete auch in solchen Bereichen ausgewiesen werden können, in denen die Biotope noch entstehen. Damit wird doch die Verhinderung der Planung festgeschrieben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie in die Pläne hineinsehen, können Sie feststellen, daß von Bad Segeberg westwärts eine **Trassierung** überhaupt nicht vorgesehen ist. Folgt man allerdings früheren Äußerungen der Landesregierung, daß die Trassierung parallel etwa zur B 206 nördlich von Itzehoe bis zu einer Querung bei Glückstadt vorgesehen werden soll, wundert es schon, daß gerade in diesem Teil vielfach **Flächen für Naturschutz** vorgesehen sind. Damit ist nach meiner Auffassung eine Behinderung der Planfeststellung festgeschrieben.

Es soll überhaupt nicht bestritten werden, daß die Landesregierung die verkehrswirtschaftliche Untersuchung betreibt und dieses Ergebnis sicherlich auf die Trassierung Einfluß hat. Wir wissen aber alle, daß die Ergebnisse dieser Untersuchung mehrfach zugesagt und bis heute immer wieder zurückgestellt worden sind. Deshalb muß im **Landesraumordnungsplan** jetzt entsprechende Vorsorge getroffen werden, oder sein Kartenmaterial muß als vorläufig mit dem Hinweis erklärt werden, daß die Trassierung der A 20 Vorrang vor anderen, jetzt in die Pläne aufgenommenen Vorhaben hat.

Die Problematik wird aber ebenfalls beim Regionalen Entwicklungskonzept für die **Metropolregion Hamburg** deutlich. Dort fordern die Gebietskörperschaften ebenfalls den Ausbau einzelner Autobahnabschnitte. Allerdings fehlen auch hier im Kartenmaterial jegliche Hinweise auf die A 20.

Im Ergebnis bleibt also festzuhalten: Im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen ist die A 20 vorgesehen, auch als Aufdruckstrecke. Im Landesraumordnungsplan bekennt sich die Landesregierung verbal zu dieser Autobahn. Es fehlt aber jeder Hinweis auf den Trassenverlauf im Kartenmaterial.

Die Aussagen des Landesraumordnungsplanes sollen aber durch die Regionalpläne ergänzt und konkretisiert werden. Ich frage jetzt Sie: Wie können eigentlich ordnungsgemäße **Regionalpläne** geschaffen werden, wenn die Voraussetzungen dafür im **Raumordnungsplan** zumindest nicht hinreichend sind?

Nach unserer Auffassung ist die A 20 das Zukunftsprojekt schlechthin. Sie wird die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein sichern. Nachdem die Unterstützung durch Niedersachsen und Hamburg inzwischen fast ganz fehlt, ist nach unserer Auffassung um so dringender der Bedarf gegeben, daß sich die Landesregierung hinter dieses Vorhaben stellt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, auf Ihren Hinweis zum CO<sub>2</sub> können wir an anderer Stelle zurückkommen. Mir liegt es nur daran, darauf hinzuweisen, daß der Hinweis auf die Unterfinanzierung in diesem Zusammenhang auch nicht zählt. Wir haben das häufig genug nachgewiesen. Mindestens die Elbquerung rechnet sich und ist durch eine Mautgebühr privat finanzierbar.

Im übrigen ist - das hat nach unserer Meinung die Planfeststellung im Raum Lübeck gezeigt - auch die Planung und die Planfeststellung in einem für unser Land vertretbaren und überschaubaren Zeitraum möglich, wenn man nur wollte. Die **A 20** sichert die **Zukunft Schleswig-Holsteins**, die nicht nur im Internet- und im High-Tech-Bereich liegen kann. Menschen können sicherlich auf Datenautobahnen surfen und dort Informationen austauschen. Güter und Menschen können jedenfalls bis heute auf diesen Autobahnen nicht transportiert werden.

(Zuruf von der SPD: Aber auf der Schiene!)

Wenn der Wirtschaftsminister gern auf biblische Stellen zurückgreift - vielleicht gilt das auch hinsichtlich des CO<sub>2</sub> -, muß ich sagen: Auch der Feuerwagen des Elias steht uns nicht zur Verfügung. Beamen wie bei der Enterprise können wir auch nicht. Deshalb sind wir der Auffassung, daß es keine Alternative zur A 20 gibt. Wir brauchen sie dringend.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist engstirnig!)

Wir fordern deshalb, alle dazugehörenden Karten heute und jetzt mit dem denkbaren Trassenverlauf zu versehen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hay.

**Lothar Hay [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu Herrn Kayenburg werde ich mich nur mit dem CDU-Antrag beschäftigen, und zwar in acht Punkten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann wird es sehr kurz!)

Erstens. Das Thema **A 20** und die Aufnahme des Verlaufs in den **Landesraumordnungsplan** beschäftigte den Landtag schon am 12. Juni 1996 - insofern hat die CDU noch nicht einmal den Jahrestag eingehalten -, als die CDU die Rücknahme des Entwurfs zum Landesraumordnungsplan beantragte.

Zweitens. Ich habe damals zum CDU-Antrag folgendes ausgeführt:

„Das Thema A 20 ist im Text enthalten. Sie ist auf der Karte dargestellt im Verlauf Lübeck bis Bad Segeberg. Daß der weitere Verlauf nicht aufgenommen worden ist, hat seinen Grund einfach darin, daß der weitere Verlauf bisher nicht festgelegt worden ist. Aber es steht ausdrücklich darin, daß Text und Karte gleichermaßen verbindlich sind.“

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Drittens. Zum Thema **REK**, nachzulesen auf Seite 38, Bericht der Lenkungsgruppe vom November 1996:

„Für die A 20 im Abschnitt Bad Segeberg - Bad Bramstedt - Glückstadt - Stade - Zeven einschließlich einer westlichen Elbquerung sind vertiefende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auch eine von Hamburg und Niedersachsen bevorzugte Ostumgehung einbeziehen. Ergebnisse sind abzuwarten.“

Es ist nach wie vor Auffassung der SPD-Landtagsfraktion, daß wir diese Ergebnisse abzuwarten haben. Sie sind für die zweite Hälfte des Jahres 1997 angekündigt worden.

Viertens. Der **Bundesverkehrswegeplan** nennt die A 20 und die Elbquerung in Form einer groben Linie als nationale Verbindung. Im Volksmund wird das Ganze auch als „Krause-Bogen“ bezeichnet. Der Bundesverkehrswegeplan ist so grob, daß eine kartographische Darstellung des Suchraumes zu völlig unnötigen Widerständen und Unsicherheiten im gesamten Korridorbereich führen würde. Das ist aus unserer Sicht keine verantwortliche Politik.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sinnvoller ist es, Schritt für Schritt und ohne Verwirrungen vor Ort die Planungen abzuarbeiten, um sie dann in verbindliche Pläne aufzunehmen.

Fünftens. Die Fortführung der A 20 ab Bad Segeberg ist noch nicht klar. Es gibt folgende Möglichkeiten: entweder eine neu zu bauende Autobahn oder der Ausbau vorhandener Bundesstraßen und Ortsumgehungen.

Ich komme jetzt zum zweiten Teil des CDU-Antrags, der sich wiederum mit REK beschäftigt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt kommt eine „Hayerei“!)

Sechstens. Nachzulesen ist das im REK-Bericht auf Seite 22. Dort steht ausdrücklich, daß die für den Naturschutz vorgesehenen Flächen Abwägungsflächen für planerische Festlegungen im Rahmen der Aufstellung der gesetzlichen Raumordnungspläne darstellen. Da muß man einmal deutlich etwas zu dem sagen, was das **Instrumentarium REK** betrifft. Das REK entfaltet keine rechtliche Bindungswirkung gegenüber öffentlichen Planungsträgern. Es bietet aber einen Rahmen für die auf die Region gerichtete Politik der drei Landesregierungen.

Siebtens. Wer den **Naturschutz** ernst nimmt, wie wir es tun, wird auch bei den **Planungen** den Naturschutz nicht nur berücksichtigen, sondern auch an entscheidender Stelle mit in die Planung einbeziehen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Achtens. Bei unabgewogenen Planungen muß es zu einem späteren Zeitpunkt eine **Abwägung** geben.

Dieses Stadium ist zur Zeit noch nicht erreicht. Mit dem REK gibt es zumindest ein Instrument der Abstimmung über die Landesgrenzen hinweg. Aber, verehrter Herr Kayenburg, auch wir haben nicht die Möglichkeit, in die Politik Niedersachsens oder Hamburgs einzugreifen. Das geht nur in Gesprächen und in Form von Abstimmungen. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Im übrigen freue ich mich, da Sie ja davon gesprochen haben, daß Sie die Landesregierung immer wieder mahnen wollten - das war ja Mehrzahl -, daß Sie davon ausgehen, daß diese Regierung bis zum Jahre 2000 im Amt ist.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei CDU und F.D.P. - Zurufe von CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Regierung ist nicht zerstritten, sondern sie hat an einem von vielen Punkten eine unterschiedliche Meinung und trägt das offen aus.

(Zurufe von CDU und F.D.P. - Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Ich finde, das ist ein Beitrag zur demokratischen Kultur in diesem Lande, und es ist überhaupt nicht zum Lachen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wenn Sie zuhören, bekommen Sie auch etwas mit.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

In Punkt 1 Ihres Antrages wollen Sie die **Trassenführung** gegebenenfalls mit Raumalternativen in die **Landesplanung** übernehmen. Aber welche Trasse denn, Herr Kayenburg? Die von Herrn Schröder östlich von Hamburg? Etwa die bei Geesthacht oder bei Lauenburg?

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Du liebe Zeit!)

Oder die von Herrn Voscherau? Möglichst nah an Hamburg dran? Nur - das weiß jeder Verkehrspolitiker - dann wird die Autobahn binnen kürzester Zeit wieder vom Nahverkehr dichtgemacht, und die Verbesserungen für den Fernverkehr sind für die Katz.

Oder wollen Sie lieber nach Seestermühe, um Elmshorn anzubinden, oder gar nach Glückstadt?

(Zurufe von der CDU)

Das Einzige, das feststeht, ist die schlichte Tatsache: Die westliche Elbquerung ist tot -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hören wir uns einmal die Ministerpräsidentin an!)

nicht weil wir Grünen so böse sind, sondern weil wir richtig gerechnet haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Nein, weil Sie uneinsichtig sind! - Weitere Zurufe von der CDU)

Erinnern Sie sich doch an unsere gestrige Diskussion über das Regionalprogramm! Da ging es darum, ob das Land sich 30 Millionen DM leisten kann, um die Westküste zu fördern. Darüber haben wir uns Gedanken gemacht. Und nun fordern Sie, Herr Kayenburg, soeben mal 1 Milliarde DM für eine Brücke auszugeben. Diese **Finanzierung** schwebt irgendwo in fremden Regionen des Sonnensystems; vermutlich hoffen Sie, daß der Komet Hale-Bopp demnächst hier landet und Ihnen Geld bringt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Wir wollen privat finanzieren!)

- Auch das Unternehmenskuratorium, das letzte Woche in Hamburg nach der Ministerpräsidentenkonferenz der norddeutschen Länder getagt hat, hat ja deutlich erkennen lassen, daß man eine private Finanzierung für unrealistisch hält.

(Martin Kayenburg [CDU]: Stimmt doch gar nicht!)

Wer glaubt denn auch im Ernst, daß sich 20.000 bis 30.000 PKW-Fahrer finden, die bei Glückstadt jeden Tag für 30 DM hin und zurück über die Brücke fahren? Selbst auf der A 23 Richtung Hamburg fahren nur halb so viele Menschen.

Also, Herr Kayenburg, kaufen Sie sich bitte eine private Schleswig-Holstein-Karte und malen Sie von Lauenburg bis Brunsbüttel lauter Brücken über die Elbe und hängen sich das an die Wand, aber ersparen Sie doch bitte solchen Unsinn der Landesplanung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Bei Punkt 2 scheint mit Ihnen der Gaul vollends durchgegangen zu sein. Weil Sie vorhaben, irgendwo im Süden des Landes irgendwann einmal eine Autobahn zu bauen, soll praktisch im gesamten **Süden Schleswig-Holsteins** kein **Naturschutzgebiet** mehr ausgewiesen werden!

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hat doch kein Mensch gesagt!)

Und das zu einer Zeit, in der das Regionale Entwicklungskonzept im Gegenteil die Ausweisung von zahlreichen Naturschutzgebieten im Hamburger Umland vorsieht, um angesichts des bevorstehenden weiteren Ausbaus der Metropole die notwendigen Grünflächen zu sichern! Was Sie fordern, ist sowohl von der Sache her, aber auch rechtlich bar jeder Kenntnis der Sachlage. Tut mir leid, daß ich so drastisch werde.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sie sind doch immer so! - Weitere Zurufe von der CDU)

Eine Ausweisung von Flächen für den **Naturschutz** behindert nicht den **Straßenbau** - da haben Sie richtig berichtet -, sondern im Gegenteil, sie ist gerade da notwendig, wo Straßen gebaut werden, damit der notwendige und gesetzlich vorgeschriebene Ausgleich zwischen den Anforderungen des Verkehrs und des Naturschutzes stattfindet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb gestatten Sie mir noch ein Zitat, Herr Kayenburg: „Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt“, sagte Napoleon auf dem Rückzug aus Rußland im Dezember 1812.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bei Ihnen stimmt nur die Größe nicht! - Heiterkeit bei der CDU)

Es reizt mich nun aber doch, zu dem von Ihnen so vehement verfochtenen Projekt ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu machen.

(Anhaltende Heiterkeit - Glocke der Vizepräsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Entschuldigung, Herr Abgeordneter! - Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

(Zurufe)

Herr Abgeordneter Hentschel hat das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bei keinem Projekt wie diesem ist es so offensichtlich, daß die gesamte bisherige Planung keine ernsthafte **Abwägung der Vor- und Nachteile** beinhaltet. Von Wirtschaftlichkeitsrechnungen ist in bezug auf dieses Projekt nichts zu sehen. Diese Autobahn ist von Anfang an ein **Prestigeobjekt** gewesen, und alle Planungen dienten nur dazu, dies im nachhinein zu rechtfertigen.

Die Planung der A 20 beruht auf Verkehrszählungen aus der Wendezeit von 1991, einem so untypischen Zeitpunkt, daß die daraus resultierenden Hochrechnungen sich bereits heute als völlig falsch erwiesen haben. Seit 1993 hat der Ost-West-Verkehr deutlich abgenommen, entgegen den Prognosen, die von einem steilen Wachstum ausgingen.

(Zurufe von der CDU)

Auf der B 104 und der B 105 liegt der Verkehr weit unter dem, was im Westen als Kapazität einer gut ausgebauten Bundesstraße gilt. Ein Ausbau der B 105 wäre viel billiger und auch schneller zu haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und dann fliegen die Autos dort wahrscheinlich! - Weitere Zurufe)

Der Verkehrsexperte Dr. Schallaböck sagte dazu sinngemäß: Schauen Sie sich einmal die Bevölkerungszahlen in Mecklenburg-Vorpommern an. Es gibt keinen Bedarf für eine **Ost-West-Autobahn**, und es wird auch keinen geben. Denn schon heute ist



der Motorisierungsgrad des Westens fast erreicht. Mehr kommt nicht. Im Gegenteil: Mecklenburg-Vorpommern verliert zur Zeit kontinuierlich Einwohner. Und die Fernpendler in den Westen aus der Wendezeit finden nach und nach entweder Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern, oder sie ziehen nach Lübeck oder Hamburg.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Grausam, was Sie hier erzählen!)

Auch die immer wiederholten Behauptungen, die **A 20** würde der **Wirtschaftskraft** dienen, sind leider durch keine mir bekannte Untersuchung bestätigt worden. Das Gegenteil ist leider der Fall. Die Studie der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung sagte dazu - ich zitiere -:

„Da es sich hier um einen strukturschwachen, ländlichen Raum handelt, hat die vorhandene Wirtschaftsstruktur kein großes Gegengewicht gegen die Sogwirkung des Agglomerationsraums Hamburg-Lübeck ... zu bieten. Fernpendeln und Abwanderung von - insbesondere jüngeren und qualifizierten - Arbeitskräften wird die Folge sein. Der weite Transport der Fertigprodukte wird günstiger sein als die Produktion vor Ort. ... Der Ausbaustandard einer neuen Autobahn in diesem dünn besiedelten Raum stellt also bei differenzierter Betrachtung durchaus eine große Gefahr dar.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum will Herr Steinbrück sie denn dann haben?)

Noch deutlicher wurde der Diplom-Geograf Arnulf Marquardt-Kuron in seiner Untersuchung, aus deren Ergebnis ich hier nur einige Sätze zitiere:

(Meinhard Füllner [CDU]: Wo Sie die nur alle herhaben!)

„Die A 20 verbessert die großräumigen Erreichbarkeitsverhältnisse deutlich. Dies wird erhebliche negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern haben, da selbst weiträumige Transporte von Fertigprodukten möglicherweise wirtschaftlich günstiger sind als die Produktion vor Ort.“

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

„Es konnte nachgewiesen werden, daß ein Bau der A 20 in der Bauphase keine nennenswerten

Arbeitsmarkteffekte in Mecklenburg-Vorpommern auslöst.“

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

- Hören Sie doch endlich zu!

„Es ist zu erwarten, daß lohnkostenintensive Unternehmen nach Fertigstellung der A 20 diese als günstigen Transitweg betrachten und ihre Standortentscheidung zugunsten Polens treffen werden, weil das Lohnniveau in Polen erheblich niedriger ist als in Deutschland.“

Hier möchte ich anmerken: Dies dürfte insbesondere die ländlichen Regionen von **Schleswig-Holstein** treffen. **Hamburg** ist da kaum betroffen, da die Betriebe nach Hamburg gehen, um der Metropole nah zu sein, weshalb Polen keine Alternative ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel, nicht nur Heide Simonis glaubt Ihren Ausführungen nicht!)

Aufgrund dieser Ergebnisse kommt Marquardt-Kuron zu dem Schluß:

„Daher sollte auf den Bau der A 20 gänzlich verzichtet werden. Alternativ zum Bau der A 20 sollte das untergeordnete Bundesstraßennetz aus- und umgebaut werden.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fein aufgepaßt!)

Herr Kayenburg, ich weiß, daß ich in dieser Frage meinen Koalitionspartner nicht auf meiner Seite habe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich, bei diesen überzeugenden Argumenten! - Zuruf von der CDU: Oh, oh, oh!)

Deshalb kann ich nur an die gemeinsame wirtschaftliche Kompetenz appellieren: Herr, schmeiß Hirn vom Himmel!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und das bitte kiloweise! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Meinen Sie, es würde bei Ihnen ankommen?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns Vernunft annehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So sind die Grünen! Sie warten nur auf die Segnung des Herrn!)

Dieser Straßenbau nützt nur den beteiligten Baufirmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So sind die Grünen!)

Deshalb ende ich hier mit einem Zitat des bekannten Lübecker - - Wissen Sie, Herr Kubicki, das Problem ist, daß Sie nicht dazulernen können, weil Sie nie zuhören.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Ich ende mit einem Zitat des bekannten Lübecker Unternehmer Max Schön, der es an sich wissen sollte, denn seine Firma hat Niederlassungen in Rostock, Szczecin, Gdynia, Riga und Tallinn. Er schrieb der Landesregierung zum Thema A 20 vor einem Jahr ins Stammbuch:

„Jede Mark und jeden geistigen und politischen Einsatz, den wir in veraltete Großprojekte stecken, kosten uns unnötig Geld, Willen und Kraft, die uns anschließend für das Meistern der Herausforderungen der Zukunft fehlen.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das haben wir gemerkt!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Präsidentin, das ist das zweite Mal, daß Sie mich fälschlicherweise aufrufen!)

- Dann ist das zweite Mal, Herr Kubicki, daß die F.D.P. das falsch aufgeschrieben hat. Ich erteile jetzt das Wort der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

**Christel-Aschmoneit Lücke [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch in der heutigen Sitzung darf das Thema **A 20** als

Dauerbrenner der politischen Auseinandersetzung im Land Schleswig-Holstein nicht fehlen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Verkehrsminister Peer Steinbrück hatte in der Sitzung am 11. Dezember angeregt, alle vier Monate einen Jour fixe zum Thema A 20 anzusetzen. Heute haben wir den 25. April. Ich stelle somit fest: Der Antrag der CDU ist fristgerecht eingegangen.

(Beifall bei F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Die A 20 ist eines der zentralen Verkehrsprojekte für die Entwicklung der nördlichen Regionen Deutschlands. Mit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs ist die auf die Nord-Süd-Achse ausgerichtete Verkehrsstruktur durch eine leistungsfähige **Ost-West-Verbindung** zu ergänzen. Wir waren uns in der letzten Legislaturperiode darüber einig. Heute haben wir mal wieder gehört, daß jedenfalls die Grünen offensichtlich immer noch nicht begriffen haben, welche Bedeutung diese Verkehrsverbindung hat.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

**Schleswig-Holstein** und **Hamburg** rücken als Wirtschaftsstandorte näher an die neuen Märkte in Nordosteuropa heran. **Mecklenburg-Vorpommern** hält durch die Ostsee-Autobahn die infrastrukturelle Ausstattung, Herr Hentschel, die unerlässlich für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem strukturschwachen Nachbarland ist.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Angesichts der heutigen Debatte wohl nicht ganz zufällig hat Minister Steinbrück am 22. April verkündet, daß der **Planfeststellungsbeschluß** für den ersten Bauabschnitt der **A 20** vorliegt. Das ist eine sehr erfreuliche Nachricht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenig erfreut scheinen der Umweltminister und seine grünen Parteifreunde zu sein. Frau Winking-Nikolay und Herr Hentschel unterstellen Minister Steinbrück ein „Betonier-Image“ und bezeichnen den Beschluß als „Kniefall vor der Opposition“.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das waren vielleicht Worte!)

Die Wortwahl gegenüber einem Minister des Koalitionspartners möchte ich nicht kommentieren.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Stillos!)

Ich warne aber davor, das Projekt A 20 wieder in Frage zu stellen.

Herr Hentschel, Frau Winking-Nikolay, Sie verweisen in Ihrer Presseerklärung auf zurückgehende **Verkehrszahlen** zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Ist Ihnen eigentlich klar, daß nicht eine **Momentaufnahme** entscheidend ist, sondern die langfristige Entwicklung der Verkehrszahlen?

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Oder wollen Sie etwa bestreiten, daß mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in den Ländern Nordosteuropas der Güterverkehr fast zwangsläufig zunehmen wird?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wird sie bestreiten! Davon versteht sie auch nichts!)

Herr Hentschel, was ist mit der Belt-Querung und dem höheren Straßenverkehrsaufkommen insgesamt? - Ich sage Ihnen: Sie werden ebenso wie Ihr Umweltminister zurückrudern müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und zwar richtig doll!)

Im „Schleswig-Holstein Magazin“ vom 22. April mußte Minister Steenblock seinem Freund Steinbrück bescheinigen, daß die Planfeststellung einwandfrei ablief und rechtlich nicht zu beanstanden sei.

Herr Minister Steenblock, wie sollte das Verfahren denn sonst abgelaufen sein? - Wir leben doch nicht in einer Bananenrepublik, in der Don Pedro Steinbrück mit einer Flasche Tequila in der Hand und einem Zigarillo im Mundwinkel den Verlauf der A 20 nach eigenem Gutdünken bestimmt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So drastisch haben wir das auch nicht ausgeführt!)

Festzuhalten bleibt: Die A 20 wird kommen, und das ist auch gut so. Allein ein Blick auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt zeigt, daß wir uns keine weiteren Verzögerungen leisten können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das Geld vielleicht vernünftiger ausgeben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der **CDU**, ich verstehe und teile Ihre Sorgen um den Fortgang des Baus der A 20. Es muß alles unternommen werden, den Bau der Autobahn und der Elbquerung so schnell wie möglich zu realisieren. Ich frage mich allerdings, ob der in Ihrem **Antrag** vorgeschlagene Weg der richtige ist.

Was bringt es für den Fortgang der Arbeiten, wenn die A 20 und die Elbquerung in die einzelnen Pläne aufgenommen werden? Die endgültige **Trassenführung** ist ebenso wenig geklärt wie die Frage, wo denn letztlich die **Elbquerung** erfolgen wird. - In den Landesraumordnungsplan wären zahlreiche Alternativen verzeichnet, ohne daß ein Zugewinn an Information oder an Planungssicherheit festzustellen wäre.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollte die Union die Pläne nicht abschaffen?)

Das gleiche gilt für die Planungen im Rahmen des **REK**. Sie haben eben keinen rechtlich bindenden Charakter. Eine Aufnahme der möglichen Trassen bringt ebenfalls keine endgültige Klarheit über die Zukunft der A 20.

Eine Integration der A 20 in die verschiedenen Planungsunterlagen hätte rein symbolischen Charakter und würde nur zu einem administrativen Mehraufwand führen, den wir alle doch überhaupt nicht wollen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht die Erwähnung der A 20 in Planungsunterlagen ist vordringlich. Was wir brauchen - das brauchen wir in der Tag immer wieder -, ist die klare politische **Aussage der Landesregierung** zugunsten des unverzüglichen Weiterbaus der **A 20**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Viel wichtiger wäre es - vielleicht geschähe das, wenn wir diese Aussagen auch von der Frau Ministerpräsidentin immer wieder bekämen -, daß das Ansehen der Ministerpräsidentin durch solche klaren Aussagen bei der Wirtschaft wiederhergestellt würde. Mit diesem Ansinnen hat sie ja in ihrem Buch geworben. Bedauerlicherweise ist die Wirtschaft jetzt enttäuscht. Ich hoffe, das kann wieder anders werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So schnell werden Bücher überholt!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Minister Steinbrück hat es wahrlich nicht leicht. Auf der einen Seite wird ihm von CDU und F.D.P. vorgeworfen, mit den Plänen zur **A 20** und zur westlichen **Elbquerung** nicht schnell genug voranzukommen. Dieser Vorwurf ist doch der eigentliche Hintergrund des CDU-Antrags. Auf der anderen Seite wird er massiv von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden sowie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert, weil er den Baubeginn der A 20 in Lübeck angeblich mit der Brechstange betreibt. Vorwürfe dieser Art muß er sich dann auch mit schöner Regelmäßigkeit im Landtag anhören - ungefähr alle zwei Monate. Aber: Ein gestandener Genosse läßt sich davon natürlich nicht umhauen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Herr Minister Steinbrück, vielleicht sollte ich bei Gelegenheit dafür sorgen, daß Sie ein Barometer bekommen - natürlich nur, damit Sie nachsehen können, wann Sturm angesagt ist. Andere Hintergedanken habe ich nicht. Das war für Insider ein kleiner Hinweis aus der Debatte von vorgestern.

Diesmal fordert die CDU die Landesregierung auf, die **Trassenführung** für die A 20 und die Elbquerung in den **Landesraumordnungsplan** und den entsprechenden **Regionalplänen** sowie in das **Regionale Entwicklungskonzept** der Metropolregion Hamburg aufzunehmen. Sie fordern, alle möglichen

Trassenführungen, die für diese Verkehrsprojekte in Frage kommen, vom Naturschutz auszunehmen. In etwa ähnliche Forderungen haben Sie schon bei den Beratungen der verschiedenen Pläne - beispielsweise letztes Jahr bei der Erörterung des Berichts zum Landesraumordnungsplan - hier im Landtag aufgestellt. Schon damals hat die Frau Ministerpräsidentin ihr Ansinnen völlig zu Recht zurückgewiesen.

Der SSW ist - das haben wir hier im Landtag schon oft deutlich gemacht - aus wirtschafts- und verkehrspolitischen Gründen für den Bau der A 20 und für eine westliche Elbquerung. Aber das bedeutet natürlich nicht, daß man diese großen Bauprojekte, die erhebliche Folgen für die betroffenen Bewohner haben werden und einen wesentlichen Eingriff in die Natur darstellen, unter Zurücksetzung aller Rücksichtnahmen und gesetzlicher Planungsvorschriften im Lande durchziehen sollte.

Man kann doch nicht schon jetzt Trassenführungen, beispielsweise für die A 20, in die Landesplanung aufnehmen, wenn an den meisten Orten der geplanten Trassenführung noch gar keine Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden sind, wenn die endgültige Trassenführung also noch nicht feststeht. Man kann fragen: Was soll das denn?

In der Frage der **westlichen Elbquerung** ist man sich zwischen den beteiligten Bundesländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein leider noch nicht einig geworden. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wollen jetzt schon auf beiden Seiten der Unterelbe alle Flächen für dieses Projekt vom **Naturschutz** freihalten. Es gibt in der Landesplanung den Begriff der Eignungsflächen für den Naturschutz. Darüber hinaus existieren einige besonders schützenswerte Naturschutzgebiete, siehe Teile des Wakenitztals.

Wir sehen bei der Durchführung dieser Verkehrsprojekte überhaupt keinen Grund, nicht den normalen Prozeß der **Abwägung** zwischen den wirtschafts-, verkehrs- sowie umweltpolitischen Interessen durchzuführen. Dazu gehört natürlich auch, daß betroffene Bürger und Bürgerinitiativen gegen die Planung und Trassenführung klagen können, wie es jetzt in Lübeck geschehen ist. Der SSW vertritt die Auffassung, daß Planung und Umsetzung dieser großen Verkehrsprojekte ganz korrekt und ordnungsgemäß nach den geltenden Gesetzen durchgeführt werden sollten. Wir zweifeln jedenfalls nicht am Willen der Landesregierung, diese Verkehrsprojekte so zügig wie möglich durchzuführen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte um die A 20 ist durch den Beitrag von Herrn Kayenburg vom Grundsatz her wiedereröffnet worden. Ich habe nichts dagegen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Vielen Dank!)

In dieser Frage gibt es einen strategischen Konflikt. Ich kenne das aus meiner Tradition als Grüner, daß man sich als eine sehr kleine Gruppe einer großen, vom Gegenteil überzeugten Menge gegenüberstellt.

Sie sagten, die **A 20** sichere die Zukunft Schleswig-Holsteins, es gebe zur A 20 keine Alternative. Auf eine Bemerkung will ich besonders eingehen. Sie sagten, die **Biotopverbundachsen** führten aufgrund der Ausweisungspolitik des Umweltministers quer zur A 20. Er stellt sich nun wirklich nicht mit dem Spaten hin und schafft dort quer zur zukünftigen A 20 Biotope, sondern sie sind substantiell vorhanden. Das ist eines der Hauptprobleme dabei.

Ich möchte noch folgendes sagen: Ich habe auch nichts dagegen, daß man unter Umständen Autobahnstücke baut.

(Zurufe von der CDU: OH! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Mensch Leute, kann man sich einander nicht einmal mehr etwas anhören? Ich habe vorhin, als Herr Hentschel geredet hat, einmal in ihr Lager hinübergeschaut. Er hat im wesentlichen Argumente gebracht, wenn auch der Unterhaltungswert seiner Rede ein hoher war, was ich begrüße. Als ich zu Ihnen hinüberschaute, stellte ich fest - ich habe es einmal beobachtet -, daß vielleicht drei oder vier Leute anhören. Der Rest, an der Spitze Agrarexperten, lachte zu diesem Wirtschafts- und Verkehrsthema, fand das lustig.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Ich empfehle den Agrarexperten einmal eine ganz einfache Maßnahme: Bestellen Sie sich die Broschüre des Bundesverkehrsministeriums „Energiekennzahlen '96“, die jetzt herausgekommen ist. Darin, Herr Peter Jensen-Nissen, steht etwas über mobile Energieträger. Worum handelt es sich? Erdölvorräte reichen bei dem jetzigen Verbrauchsniveau - wir wissen, es ist ein ansteigendes - noch 50 Jahre. Die Gasvorräte reichen ebenfalls noch 50 Jahre und nicht länger. Wir wissen, daß das Verbrauchsniveau auch dort ansteigt.

Ich frage - auch an die Adresse der SPD-Kollegen - einmal ganz ernsthaft: Wie wollen Sie eigentlich diesem Problem der **Verknappung der Ressourcen** durch eine strategische Verkehrsmaßnahme wie der A 20, die wahrscheinlich erst in zehn Jahren in Beton gegossen sein wird, begegnen? Für mich ist das schlicht eine ungeklärte Frage. Ich will wirklich gern in einen Disput mit Ihnen dazu eintreten. Wir regen uns ja so auf, weil Sie diesen Disput umgehen. Außerdem ist der Verkehr als CO<sub>2</sub>-Quelle der mit Abstand wachsende Bereich und im Moment eigentlich auch der einzige Bereich, der scheinbar überhaupt nicht in den Griff zu kriegen ist.

Wir sagen: Wir müssen weg von der bisherigen Verkehrspolitik hin zu einer Wende, indem wir energiearme und transportvermeidende politische Systeme in unserer Gesellschaft erzeugen. Wir denken, daß es vor dem Hintergrund der sich verknappenden Ressourcen langfristig im Grunde die wirtschaftsstrategische Maßnahme für uns als Exportnation ist, **zukunftsfähige Verkehrskonzepte** zu entwickeln und zu exportieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Matthiessen, kommen Sie bitte zum Schluß!

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ein Umdenken in dieser Frage muß möglich sein. Es kann doch nicht angehen, daß einmal festgelegt immer festgelegt bedeutet und sozusagen Denkblokkaden hinsichtlich ganz offensichtlicher Widersprüche hier im Hause dermaßen penetrant gepflegt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat die Frau Ministerpräsidentin Simonis.

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist natürlich das gute Recht der Opposition, die Regierung auf Trab zu halten. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, durch immer neue Auflagen der immer wieder gleichen Debatte wird die A 20 nun auch nicht schneller gebaut. Da wir das letzte Mal vor vier Monaten Ihnen gegenüber hier ein klares Ja zur **A 20** und zur **Elbquerung** westlich von Hamburg zum Ausdruck gebracht haben, frage ich mich, ob Sie tatsächlich Ihre und unsere Zeit damit vergeuden wollen, von uns immer wieder das gleiche abzufragen.

Sie wissen, daß sich an der **Haltung** der **Landesregierung** zu diesem Projekt nichts geändert hat. Die A 20 ist ein Projekt, das die Landesregierung im Auftrag des Bundes pflichtgemäß voranbringt und das die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung auch aus verkehrs- und infrastrukturpolitischer Überzeugung voll unterstützen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ein Infrastrukturprojekt dieser Dimension braucht nun einmal einfach Zeit - das müssen Sie zur Kenntnis nehmen -, um das Verkehrsaufkommen, die Lärm- und Schadstoffbelastung und die Umweltverträglichkeit verschiedener Varianten zu untersuchen. Zeit ist aber auch notwendig, um Menschen zu beteiligen, die negative Auswirkungen der Autobahn fürchten oder später sogar ganz real ertragen müssen. Das gerade abgeschlossene Anhörungsverfahren für den ersten Planfeststellungsabschnitt der A 20 war mit allein 33 Anhörungstagen das aufwendigste, das bisher in Schleswig-Holstein zu einem Verkehrsprojekt durchgeführt wurde.

Dabei wissen wir, daß **Verfahren** nicht alle Probleme lösen und nicht jede und jeden überzeugen können. Aber sie sorgen dafür, daß Schärfe aus der Diskussion genommen wird und daß sich die Standpunkte unter Umständen sogar annähern können. Die Landesregierung wird sich also nicht davon abbringen lassen, mit dem notwendigen Zeitaufwand, aber so zügig wie möglich zu planen. Das Verfahren für den ersten Planfeststellungsabschnitt ist abgeschlossen. Der

Planfeststellungsbeschluß wird Anfang kommender Woche veröffentlicht. Dem ersten Spatenstich im Herbst steht von seiten der Landesregierung jetzt nichts mehr im Wege.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Wunderbar!)

Auch die Planungen für die weiteren Abschnitte kommen voran. Für den Planungsabschnitt westlich von Lübeck zwischen der A 1 und der B 206 östlich von Geschendorf werden Ende des Monats die für die Linienbestimmung erforderlichen Unterlagen in den betroffenen Gemeinden ausgelegt.

Für die Planungsabschnitte von der L 92 bis zur Landesgrenze mit **Mecklenburg-Vorpommern** werden derzeit die parzellenscharfen Entwurfsunterlagen für die Planfeststellung erarbeitet. Diese Aufgabe ist uns dadurch nicht leichter gemacht worden, daß das Land Mecklenburg-Vorpommern mitten im Verfahren für die Festlegung der Linie der A 20 ein FFH-Gebiet mitten auf die Linie draufgelegt hat. Wir sind damals ausgewichen und den Wünschen der Mecklenburger entgegengekommen. Sie haben den Mecklenburgern gegenüber nie irgendeinen Hinweis gegeben, daß Sie das nicht in Ordnung finden. Jetzt haben wir natürlich den Kladderadatsch, weil wir darauf Rücksicht genommen haben.

Die **Querung der Wakenitz** wird nämlich einer der Knackpunkte sein, bei dem zur Zeit geprüft wird, ob eine Querung durch Tunnel oder Brücke möglich ist. Jedenfalls - das ist rechtlich bei uns abgeklärt - steht das Naturschutzgebiet südliche Wakenitz dem Bau der A 20 rechtlich nicht im Wege.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Wunderbar!)

In der Landesplanung sitzen - anders, als Sie in Ihrem Antrag zum Ausdruck bringen - keine Saboteure des Projektes der A 20. Sie ist im Entwurf des neuen **Landesraumordnungsplans** eindeutig und klar festgeschrieben. Der Text ist hier mehrfach zitiert worden, so daß ich mir das jetzt ersparen kann.

Der Entwurf des **Regionalplans I** nimmt diese Zielsetzung selbstverständlich mit auf. In den dazugehörigen Karten lassen sich Trassenbereiche der A 20 allerdings vernünftigerweise nur in zwei Fällen darstellen: erstens wenn die Voruntersuchungen zur Linienfindung soweit vorangetrieben sind, daß der potentielle Trassenkorridor hinreichend eingegrenzt

werden kann, und zweitens wenn die Linienführung abgeschlossen ist.

Alle Teilabschnitte der A 20, für die eines dieser beiden Kriterien bis zu einem Stichtag im Herbst zutrifft, werden in den Karten des Landesraumordnungsplans und des Regionalplans I dargestellt. Zum Teil müssen die Entwürfe dann noch entsprechend aktualisiert werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Wo es allerdings noch keine verkehrswirtschaftlichen Ergebnisse aus den Voruntersuchungen gibt, macht eine Darstellung keinen Sinn. Die Frau Abgeordnete Spoorendonk hat darauf hingewiesen.

Im gesamten **Verlauf der A 20**, von der A 7 bis zur Elbe einschließlich der Elbquerung, gibt es bisher nur einen Untersuchungsraum mit allen drei unterschiedlichen Trassen für eine **Querung westlich von Hamburg**. Wäre das gesamte in Frage kommende Gebiet in den Karten für den Landesraumordnungsplan und in den Regionalplänen ausgewiesen, würde das mehr verwirren als erhellen. Den Bürgern würde damit keineswegs ersichtlich sein, was auf sie zukommt.

Auch das **Regionale Entwicklungskonzept** für die Metropolregion Hamburg ist keine A 20-Verhinderungskonzeption. Im Text des REK-Handlungsrahmens vom November 1996 bekennen sich alle am REK-Prozeß beteiligten Länder und Gebietskörperschaften einhellig zur A 20 und zu einer zusätzlichen Elbquerung. Die Frage, ob irgendeine Trasse der A 20 in Karten des REK darzustellen wäre, hat sich bisher nicht gestellt. Dies hätte auch rechtlich keine Wirkung. Noch existiert keine zusammenfassende Planungskarte. Es liegen nur Karten zu speziellen Themen vor. Und da ist Ihnen wohl eine in die Finger gekommen, die Ihnen ein Dorn im Auge ist, nämlich die Karte, die bedeutsame Bereiche für den Naturhaushalt darstellt. In dieser thematischen Karte hat die A 20 nun wirklich und beim besten Willen nichts zu suchen. Die dargestellten Flächen präjudizieren auch keine künftigen Planungsentscheidungen. In den Erläuterungen zu der Karte wird nämlich ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die als schutzwürdig dargestellten Flächen lediglich in die gesetzlich vorgeschriebene Abwägung für planerische Festlegungen im Rahmen der gesetzlichen Raumordnungspläne und -programme einbezogen werden müssen. Dies ist gut und vernünftig.

Die Landesregierung Schleswig-Holsteins hat selbst ein großes Interesse daran, daß keine Blockaden entstehen, schon allein deswegen, weil wir mit erhöhtem **Verkehrsaufkommen** nicht so sehr aus dem Osten rechnen - hier tun wir unsere Pflicht für die Zusammenführung von Ost und West -, sondern vielmehr aufgrund der festen Querungen im Norden, aus Skandinavien. Da muß ja nun nicht alles in die Falle nach Hamburg hineinlaufen, sondern der Verkehr, der nicht nach Hamburg will, kann rechtzeitig abgeleitet werden. Das ist eine unserer Überlegungen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In diesem Zusammenhang finde ich jeden Vorwurf gegenüber der Landesregierung offensichtlich von Gedächtnislücken getragen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung kämpft seit Jahren für dieses dringend notwendige Projekt, übrigens auch mit den hier dargestellten Schwierigkeiten innerhalb der Koalition.

Wir haben uns in Bonn mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß die westliche Elbquerung im Bedarfsplan für den **Bundesfernstraßenbau** als vordringliches Vorhaben eingestuft wird. Die Fraktionsvorsitzenden der damals im Hause vertretenen Parteien sind mit dem Wirtschaftsminister nach Bonn gefahren, um dies dort vorzutragen. Wir haben uns frühzeitig für eine Privatfinanzierung ausgesprochen und dafür gesorgt, daß diese Frage Gegenstand eines Gutachtens wird.

Schleswig-Holstein braucht die zusätzliche Elbquerung, aber nicht irgendwo. Die **Querung** wird da gebraucht, wo sie der **Wirtschaft Schleswig-Holsteins** am meisten nützt, nämlich westlich von Hamburg im Raum Glückstadt.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und bei CDU und F.D.P.)

Ließen wir uns auf eine Querung möglichst nahe bei Hamburg ein - was den Hamburgern natürlich gefiele; das bestreite ich überhaupt nicht; auch die Niedersachsen hätten das gerne, möglichst noch östlich von Hamburg -, wären die Entwicklungschancen der Westküste und des Unterelbberaums über eine bessere Verkehrsinfrastruktur aus der Sicht der Landesregierung ein für allemal von der Tagesordnung.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Bisher schien in diesem Punkt auch mit den schleswig-holsteinischen **Unternehmensverbänden** und

**Kammern** Konsens zu bestehen. In der Region Unterelbe wurde bisher jedenfalls unmißverständlich eine weitere Elbquerung mit Straße und Schiene möglichst im Raum Glückstadt gefordert. Als Vorsitzendem des Unterverbandes Südholstein wird Herrn Kayenburg diese Forderung sicherlich noch erinnerlich sein. Vielleicht, Herr Kayenburg, sind Sie in der Lage, mir zu erklären, was das „Unternehmenskuratorium Nord“ Mitte voriger Woche eigentlich zum Ausdruck bringen wollte. Fast hatte f r a u den Eindruck, als hätte H e r r Kruse, der Hamburger Vorsitzende des Kuratoriums, mit mir persönlich seine Schwierigkeiten. Der bisher eher zögerlichen Haltung meiner männlichen Kollegen in Hannover und Hamburg zur Elbquerung hat er deutlich mehr Verständnis entgegengebracht. Mann pickt Mann kein Auge aus.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Den Scherbenhaufen, den man jetzt allerdings ohne Not angerichtet hat, gibt einen kleinen Vorgeschmack darauf, was uns bevorstehen würde, wenn wir in einem Nordstaat nicht jedesmal nach den Wünschen der Hamburger und Hanseaten tanzen und uns nicht als Wasserträger für **Hamburger Interessen** zur Verfügung stellen würden. Das allerdings ist nicht in unserem Interesse.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Wir werden immer zunächst unsere Interessen definieren und dann mit anderen darüber verhandeln, wo wir Zugeständnisse machen müssen. Wir werden jedenfalls nicht gleich losspringen, wenn irgendeiner mit dem Daumen schnippt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich wäre sehr froh, wenn sich der Eindruck, der sich mir aufgedrängt hat, nicht bestätigen würde, daß nämlich in der Nordwirtschaft nur noch die Kammern und Verbände aus Niedersachsen und Hamburg den Ton angeben. Schleswig-Holstein ist ein Land, das man nicht ohne Not und nicht ungestraft übersehen darf. W i r sind das Bindeglied nach Skandinavien, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

**Schleswig-Holsteins Interessen** kamen jedenfalls in der nachträglichen Stellungnahme des Kuratoriums mit keinem Wort vor. Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß bei der Formulierung niemand aus Schleswig-Holstein anwesend gewesen ist. Ich wäre froh, wenn es diesbezüglich zu einer Klarstellung käme. Auf der politischen Ebene wird es jedenfalls nicht dazu kommen, daß unsere Interessen nicht vertreten werden; sie werden vielmehr lautstark vorgetragen werden. Ich habe auch in Zukunft nicht vor, mich auf unnötige und für Schleswig-Holstein schädliche Kompromisse einzulassen. Kompromisse müssen für uns alle förderlich und positiv sein.

Ein letztes Wort noch! Wenn das, was ich heute morgen in der Zeitung gelesen habe, wirklich stimmt, daß sich nämlich deutsche Baukonzerne am Bau des Transrapid nicht beteiligen werden, müßten Sie, meine Damen und Herren von der rechten Seite des Hauses, überlegen, ob Sie sich anstatt mit meiner Haltung zum Transrapid vielleicht einmal mit der ökonomisch bedingten Haltung der privaten Unternehmen beschäftigen sollten. So dumm können sie ja wohl nicht sein, wenn sie einem Verlust in Milliardenhöhe rechtzeitig ausweichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Daher bitte ich um Handzeichen, wer dem Antrag der Fraktion der CDU zustimmen will. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 8 auf:

#### Bestandsregulierung des Kormorans

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/636

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Unruhe)



- Ich sehe, daß dieses Thema von allgemeinem Interesse ist. - Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan** [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! An den schwarzen Vögeln scheiden sich in diesem Land die Geister. Der **Kormoran** ist einer dieser schwarzen Vögel. Für die **Binnenfischer** ist er ein rotes Tuch, und für einige **Naturschützer** ist er Symbol ihrer Macht. Aber gefährdet ist dieser schwarze Vogel nicht.

Nun wird, wie es in den „Kieler Nachrichten“ heißt, auch aus den Reihen der SPD-Fraktion zur Jagd auf den Kormoran geblasen. Die Initiative unseres Kollegen Poppendiecker und einige Reaktionen aus dem Umweltministerium haben Mut gemacht, unsere Vorschläge vom Dezember 1995 zur Kontrolle der Bestandsentwicklung beim Kormoran wieder zum Thema zu machen.

Die Menge der von Fischern in unseren Seen gefangenen Fische sank zwischen 1982 und 1994 um 60 %. Auch der Umweltminister gesteht ein, daß ein Teil des **Rückgangs beim Fischfang** auf das Konto der schwarzen Vögel geht. Zur gleichen Zeit stieg der **Bestand der Kormorane** kontinuierlich. Im Jahre 1995 gab es 3.200 Brutpaare. Im Jahre 1996 ist die Zahl der Brutpaare wieder auf 2.900 gesunken. Für die Fischer ist dieser geringe Rückgang keine Entwarnung. Es ist daher verständlich, Frau Franzen, daß auch die Landesregierung 1995 zu dem Schluß kam, daß der Kormoran nicht mehr als bestandsgefährdet anzusehen sei. Dann bitte, liebe Landesregierung, handle auch entsprechend.

Wenig verständlich ist es, daß dieselbe Landesregierung den **Kormoran** dennoch in der Liste der Brutvögel Schleswig-Holsteins, die im Dezember 1995 herausgegeben wurde, unter der **Gefährdungskategorie „R“** führt. „R“ steht für rare, seltene Arten. Als selten kann kein Fischer diesen Vogel bezeichnen. In dieser Kategorie sollen Arten aufgelistet werden, von denen weniger als 300 Brutpaare gezählt wurden. Beim Kormoran war das vor zehn Jahren der Fall. Die Einordnung in diese Gefährdungskategorie ist also eindeutig falsch und stellt im übrigen den Wert der Liste der Brutvögel in Frage.

Ebenso ist die Einordnung des Kormorans in den Anhang I der Vogelschutzrichtlinie der EU falsch. Doch diese Einordnung stammt aus dem Jahre 1979.

Sie ist also nur veraltet. Artikel 4 der **EU-Vogelschutzrichtlinie** besagt, daß für Arten aus dem Anhang I besondere Schutzmaßnahmen hinsichtlich ihrer Lebensräume anzuwenden seien. Für die Kormorane sind keine Schutzmaßnahmen erforderlich. Deshalb fordern wir die Aufnahme des Kormorans in die Liste des Anhangs II.

Der Schutz der 3.000 Brutpaare in Schleswig-Holstein zusammen mit den über 10.000 Sommerrastvögeln ist dem Land pro Jahr Ausgleichszahlungen in Höhe von über 300.000 DM wert - und dies seit 1993.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Da stellt sich automatisch die Frage: Gibt es wirklich keine anderen **Naturschutzprojekte** in diesem Land, die einer Förderung bedürfen?

Die F.D.P. kann sich die Verwendung dieser Gelder in anderen Naturschutzprojekten - wir erinnern an den Nationalpark Wattenmeer, die Eider-Treene-Sorge-Niederung und die Schaalsee-Landschaft - sehr gut vorstellen. Dort wäre mehr zu erreichen, als es der Erhalt des überhöhten Kormoran-Bestandes darstellt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Naturschutz sollte zu seinen Erfolgen stehen. Die Wiedereinführung des Kormorans ist Erfolg des Naturschutzes. Der Kormoran bedarf inzwischen der besonderen Fürsorge des Naturschutzes nicht mehr; es gibt aber andere Arten, die diesen Schutz um so dringender brauchen.

(Holger Astrup [SPD]: Die Fischer!)

Wie glaubwürdig ist der Naturschutz, wenn er seine eigenen Erfolge nicht zur Kenntnis nimmt? Die Roten Listen sollen kürzer werden - das ist das Ziel des Naturschutzes -, sie dürfen nicht durch Manipulationen verlängert werden; dann sind sie ohne Wert und überflüssig.

Es kann doch nicht sein, daß das Machtbestreben der Naturschutzverbände hinsichtlich des Kormorans dazu führt, daß das wertvolle Instrument der **Roten Liste** kaputtgemacht wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Kormoranbestand bedroht inzwischen die Existenz unserer **Binnenfischerei**. Es ist nicht einzusehen, daß

die letzten Fischer in unserem Land aufgeben müssen, mit der aus Sicht des Umweltschutzes nicht wünschenswerten Folge, daß der Bedarf an Fischen durch Importe von weither gedeckt werden muß. In unserer Kulturlandschaft sind Bestandsregulierungen verschiedener Tierarten erforderlich und werden im Einklang mit dem Naturschutz durchgeführt. Rehe, Wildschweine, Füchse werden teilweise auch in Naturschutzgebieten bejagt. Eine Bestandsregulierung muß auch beim Kormoran möglich sein. Die Schweden greifen seit Jahren in die Gelege des Kormorans ein, wie es die F.D.P. in ihrem Antrag fordert.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Es muß erreicht werden, daß die Binnen- und Teichfischerei wieder ohne unzumutbare Beeinträchtigung durch den Kormoran durchgeführt werden kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Die Fischer auf die Rote Liste!)

Es ist nicht zu erkennen, daß die Landesregierung die vielfach von den Fischern vorgetragenen existentiellen Sorgen ernst nimmt. Ihr sind die Wildnisträume einiger Naturschützer wichtiger als die Existenz der Betriebe.

Der Bund hat inzwischen erreicht, daß auf einen gemeinsamen Vorschlag von Deutschland und Frankreich hin die **EU-Kommission** einen Vorschlag zur Streichung des Kormorans aus Anhang II vorbereitet. Die Vertragsstaaten der Bonner Konvention zum Schutz wandernder, wildlebender Tierarten beschäftigen sich inzwischen mit dem Kormoran, obwohl er nicht in ihrem Anhang aufgelistet ist. Die deutsche Position wird von Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei unterstützt. Bis Ende des Jahres wird ein Aktionsplan erarbeitet. Diese Arbeiten sollte Schleswig-Holstein aktiv unterstützen und insbesondere mit Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Dänemark ein gemeinsames Management erarbeiten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich beantrage Überweisung des Antrages an den Umweltausschuß - federführend - und den Agrarausschuß.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Nicht Finanzen?)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Franzen.

**Ingrid Franzen [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kormorane feiern in Schleswig-Holstein fröhliche Urständ. - Ich werde mich diesmal nachdrücklich darum bemühen, daß wir im Gegensatz zur Sitzung am 21. Februar 1996 heute ernsthaft über das Thema debattieren. Ich gucke hier niemanden besonders an.

Eigentlich müßten wir den **Kormoran** in Schleswig-Holstein feiern, und zwar die gelungene **Wiedereinführung** einer über lange Zeit in unserem Land ausgerotteten Art.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Aber: Für die Kormorane - und nicht nur für diese -, für diese schwarzen Vögel hält sich die Begeisterung der Bevölkerung in Grenzen.

(Holger Astrup [SPD]: Das gilt auch für die CDU!)

Das liegt vielleicht daran, daß die Menschen entweder zuviel Hitchcock gesehen haben oder daß ihnen gruselt aufgrund von Sagen und Märchen, in denen die schwarzen Vögel für Pech, Unglück und Tod stehen.

Was hat sich seit der letzten Debatte faktisch geändert? - Geändert hat sich auf jeden Fall nicht - bis auf drei Wörter, die zum Teil sogar falsch sind - der F.D.P.-Antrag, eine etwas lausige Vorbereitung, liebe Frau Happach-Kasan!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Geändert hat sich aber in dieser Zeit der **Bestand der Kormorane**. In den Hauptverbreitungsländern Niederlande und Dänemark gab es starke Rückgänge, bis zu 30 %; in Deutschland sank der Brutbestand um 750 Paare, in Schleswig-Holstein im gleichen Zeitraum um knapp 20 %. Dieser Rückgang wird von den Fachleuten damit begründet, daß die **Lebensraumkapazitäten** für Kormorane offensichtlich erreicht sind, und nicht ausschließlich mit dem kalten Winter; denn auch 1997 sind bereits ähnliche Ergebnisse zu beobachten.

(Herlich Marie Todsén [CDU]: Es gibt keine Fische mehr! - Unruhe)

Geändert und erweitert hat sich auch der **Wissensstand** über Kormorane. In wissenschaftlichen Untersuchungen, insbesondere in Bayern, Schleswig-Holstein und der Schweiz, konnte in nahezu allen natürlichen Gewässern festgestellt werden, daß es keine nennenswerten, geschweige denn erheblichen fischereiwirtschaftlichen Schäden gibt. Abgesehen von punktuellen Ausnahmen gab es auch keinen wissenschaftlichen Nachweis dafür, daß Kormorane Vorkommen von Fischarten gefährden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Na hören Sie mal!)

Geändert hat sich allerdings in Schleswig-Holstein offensichtlich die wirtschaftliche Betroffenheit der **Fischerei**, insbesondere im Bereich der **Teichwirtschaft**.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] - Zuruf von der CDU: Sie geht pleite!)

Diese Änderung wurde aufgegriffen von unserem fischereipolitischen Sprecher, Gerhard Poppendiecker, der stets sein Ohr an der Basis hat. Vielen Dank!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dieses Aufgreifen wird für die SPD-Landtagsfraktion Anlaß und Grund sein, sich diesem Thema erneut und intensiv zu widmen.

(Klaus Schlie [CDU]: Hört, hört!)

Dabei sollten wir uns bemühen, Regelungen zu finden, die beiden Problemfeldern gerecht werden.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Zum einen müssen wir uns den Problemen der **Fischereiwirtschaft** stellen, soweit sie auf **Kormoranschäden** und nicht etwa auf unseren Eßgewohnheiten beruhen. Denn fest steht, daß sich nach Aussagen der Fischereiwirtschaft - dazu gab es im April einen interessanten Artikel in der „Landeszeitung“ - durch die Tendenz der Verbraucherinnen und Verbraucher, Fische aus der Tiefkühltruhe zu essen - ich kann das nicht begreifen -

, die von der deutschen Fischereiwirtschaft aus Rußland, Korea und China dafür eingeführt werden, die wirtschaftliche Situation der schleswig-holsteinischen Fischer dramatisch verschlechtert hat.

(Zurufe von der F.D.P.)

Es ist so - das korrespondiert mit dem Rückgang der gefischten Menge, die Frau Happach-Kasan genannt hat -, daß trotz gestiegener **Fischeßgewohnheiten** der Grad der Versorgung durch das eigene Land in den letzten Jahren von 77 auf 24 % zurückgegangen ist. Das ist nicht nur Kormoranschaden.

(Lachen bei der F.D.P.)

Die SPD-Fraktion guckt sehr selbstbewußt auf die Ausgleichszahlungen, die das Land als freiwillige Leistungen in Höhe von etwa 400.000 DM im Jahr leistet.

(Herlich Marie Todsén [CDU]: Die können wir besser für etwas anderes gebrauchen! - Unruhe)

Wir werden auch hierauf kritisch gucken. Da gibt es Pauschregelungen. Darum sollten sich vielleicht die Financer einmal kümmern.

Zurück zu den Problemfeldern! Zum anderen sollten wir uns bei eventuellen Eingriffen nicht nach typisch deutscher Art von einem Extrem zum anderen bewegen. Um es deutlicher zu sagen: Durch die eventuell nötigen Maßnahmen zugunsten der Fischereiwirtschaft darf nicht eine erneute Ausrottung der Kormorane eingeleitet werden. Das wäre unverantwortlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ferner sind **Tierschutzbestimmungen** - nicht nur Artenschutz - zu beachten. Für mich wäre es zum Beispiel unvorstellbar, ganze Kolonien zu zerstören. Das wäre im übrigen völlig idiotisch, weil sich die Kormorane dann auf mehrere kleine Kolonien verteilen würden. Auch das Schießen durch Nester wäre unververtretbar.

(Klaus Schlie [CDU]: Wer schlägt das vor? - Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Wer schlägt das denn vor? - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Solche Vorschläge gibt es in den Diskussionen.

Wir brauchen meines Erachtens in Schleswig-Holstein vielmehr eine lokale und insbesondere die Interessen der Teichwirtschaft stärker berücksichtigende Regelung. Daran will die SPD-Fraktion - die artenpolitische Sprecherin, der fischereipolitische Sprecher - gern mitwirken. Wir hoffen, daß sich beide zuständigen Ministerien daran beteiligen.

Wir sind mit der von Ihnen beantragten Überweisung des Antrages an die Ausschüsse einverstanden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hopp.

(Unruhe)

**Claus Hopp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Franzen, innerhalb von drei Tagen haben Sie erneut zu einem agrarpolitischen Thema Stellung genommen. Während Sie am Montag einen Rundumschlag gegen die schleswig-holsteinische Landwirtschaft gestartet haben, waren heute die Fischer dran. Nachdem ich am Mittwoch zu meinem großen Bedauern feststellen mußte, daß auch da die **Fachleute** Ihrer **Fraktion** nicht zu Wort kamen, hat sich dieses Spiel heute aufs neue wiederholt.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt eigentlich, wenn ich einmal von einigen CDU- und F.D.P.-Freunden absehe, keinen größeren Fachmann als Gerhard Poppendiecker,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

der auch bei den Fischern anerkannt wird. Ich kann beim besten Willen nicht verstehen, warum jemand wie Gerhard Poppendiecker zu einem so wichtigen Thema nicht zum Sprechen kommt.

(Ingrid Franzen [SPD]: Der kommt noch!  
- Zurufe von der SPD: Doch! Nicht so ungeduldig! Der wird noch reden!)

Ich weiß auch gar nicht, warum Sie einen fischereipolitischen Sprecher haben, wenn er der Öffentlichkeit nicht mehr vorgestellt werden darf.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Gerhard Poppendiecker hat zu diesem Thema wichtige Aussagen zu machen und muß sich hier heute leider mit einem Drei-Minuten-Beitrag begnügen. Er hätte hier zu diesem Thema ein Grundsatzreferat halten können.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD - Glocke der Präsidentin)

Wir hätten daraus alle eine Menge lernen können.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Entschuldigen Sie bitte, Herr Abgeordneter Hopp! -Ich bitte um wieder etwas mehr Ruhe.

**Claus Hopp [CDU]:**

Danke, Frau Präsidentin!

(Konrad Nabel [SPD]: Der soll endlich zum Thema kommen! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der soll über Kormorane reden und nicht über Poppendiecker! - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Im „Sozialdemokratischen Pressedienst“ hat Gerd Poppendiecker völlig zu Recht gefordert, der Umweltminister möge nun endlich einen **Beschluß des Kabinetts** umsetzen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Deshalb kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, daß Sie hier die Fachleute und der zuständige Minister, Herr Wiesen - - Herr Minister Wiesen, das muß ich leider Gottes sagen - wir verstehen uns sonst ausgezeichnet; das möchte ich hier ausdrücklich feststellen -: In diesen entscheidenden Fragen haben Sie in den letzten Jahren leider Gottes mehr und mehr gekniffen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Ja, mehr und mehr gekniffen. Das kann beim besten Willen nicht sein. Ich kann sehr gut nachvollziehen, daß auf dem letzten Fischereitag in Ratjensdorf - -

(Meinhard Füllner [CDU]: Ihm hat man nicht nur den Wald geklaut, sondern auch den Mut! - Zuruf des Abgeordneten

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

- Ich kann nicht nachvollziehen, daß auf dem letzten Fischereitag in Ratjensdorf Frau Schröder die Interessen der Sozialdemokraten vertreten mußte. Sie hatte dort weiß Gott keinen leichten Stand. Aber sie war jedenfalls aufrecht genug, dort hinzugehen. Der Herr Minister hatte sich entschuldigen lassen und ist -

(Zurufe von der CDU - Minister Hans Wiesen: Das ist eine Unverschämtheit!)

- Wie bitte?

(Minister Hans Wiesen: Das ist eine Unverschämtheit!)

- Ja, der Minister will dazu Stellung nehmen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Der Herr Minister hatte sich dort entschuldigen lassen. Ich kann das - -

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Hopp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiesen?

**Claus Hopp [CDU]:**

Herr Minister, ich hatte gesagt, Sie haben sich da entschuldigen lassen.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Entschuldigung - -

**Hans Wiesen [SPD]:** Herr Abgeordneter Hopp, könnten Sie vielleicht verstehen, daß man manchmal mehrere Termine oder manchmal sogar auch Urlaub hat und deswegen einen Termin tatsächlich nicht wahrnehmen kann und nicht - wie Sie es hier ausgedrückt haben - kneift?

**Claus Hopp [CDU]:**

Herr Minister, - -

(Hans Wiesen [SPD]: Das ist unglaublich!)

- Herr Minister, ich habe volles Verständnis,

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

daß es manchmal Terminschwierigkeiten gibt, aber, beim besten Willen: Wenn es um die Existenz unserer Fischer geht, dann gehören Sie oder der Staatssekretär dorthin. Das ist nun einmal eine Tatsache.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Glocke der Präsidentin)

- Herr Minister, dann gehören Sie oder der Staatssekretär dorthin.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Hopp, was soll denn nun mit den Kormoranen werden?)

Die Kritik kommt doch nicht von ungefähr. Herr Minister, ich gebe doch nur die Kritik wieder, die aus Ihrer eigenen Fraktion kommt. Der Umweltminister ist aufgefordert worden, das umzusetzen, was das Kabinett bereits beschlossen hat. Nichts anderes verlangen wir. Ich greife hier überhaupt niemanden an und Hans Wiesen persönlich überhaupt schon nicht.

(Heiterkeit bei der CDU - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Hopp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Nabel?

**Claus Hopp [CDU]:**

Ich habe noch 30 Sekunden Zeit, Herr Kollege. Haben Sie bitte Verständnis.

(Konrad Nabel [SPD]: Nein!)

Meine Damen und Herren, der **Fischbestand** in Schleswig-Holstein hat seit 1984, als unsere Fischer noch 800.000 kg geerntet haben, bis zum heutigen Tag

auf 200.000 kg abgenommen. Das heißt, nur noch 25 % können angelandet werden. Sie alle wissen: Der Urlauber, der hierher kommt, wünscht sich, daß schleswig-holsteinischer Fisch auf den Tisch kommt. Die Arbeitsplätze, die verlorengehen, spielen in der heutigen Zeit - das müßte jedem klar sein - eine ganz besondere Rolle. Die Söhne und die Töchter unserer **Fischer** erlernen diesen schönen Beruf nicht mehr, weil sie keine **Existenzmöglichkeiten** mehr haben. Es geht hier nicht nur darum - wie Sie es hier ausdrückten, liebe Frau Kollegin Franzen -, daß wir einmal so eben sagen können, wir machten das offensichtlich nur zu einem Problem, das es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

(Widerspruch der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Sie kommen sogar schon aufgrund der Zählungen dazu, daß Sie sagen, der Kormoranbestand habe abgenommen! Dann gehen Sie zum Selenter See, gehen Sie zum Plöner See - ganze Inseln sind abgestorben und existieren nicht mehr.

(Glocke der Präsidentin)

Nein, meine Damen und Herren - -

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

**Claus Hopp [CDU]:**

Ja, vielen Dank!

(Heiterkeit)

Nein, meine Damen und Herren, so kann es wirklich nicht weitergehen hier in diesem Land. Herr Minister Wiesen, Sie müssen sich durchsetzen. Poppendiecker, ich erwarte, daß du jetzt nach vorn gehst und sagst: Alles das, was die F.D.P. hier beantragt hat, unterstützen wir voll und ganz!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

**Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe ja nichts dagegen, daß Herr Poppendiecker nach vorn kommt, aber jetzt bin ich erst einmal an der Reihe.

Der **Kormoran** muß einmal wieder als Sündenbock für alle Negativentwicklungen im Bereich **Binnenfischerei** herhalten. Die tatsächlichen Ursachen bleiben meist unerwähnt wie Dumpingpreise bei Fischimporten, Ausbleiben der Glasaale, Zunahme von Parasiten und anderen Krankheiten bei den durch Umweltbelastungen anfälligen Fischen. Das hat im übrigen der Mensch und nicht der Kormoran zu verantworten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **Kormoranbestand** reguliert sich über das Nahrungsangebot. Ein prall gedeckter Tisch, wie ihn unsere Teiche bieten, in denen Fische wie Haustiere gemästet werden, führt dazu, daß der Kormoran ins Binnenland abwandert; denn in der Ostsee wird das Angebot durch Umweltbelastungen und durch Überfischung dürrtiger - das nicht etwa durch Überfischung durch Kormorane.

Die Überdüngung und die damit verbundene **Eutrophierung** der Binnengewässer führt außerdem zur starken Vermehrung der Weißfische, die eine Hauptnahrungsquelle der Kormorane sind. Der Mensch zerstört systematisch das ökologische Gleichgewicht in fast allen Lebensräumen und macht dann einzelne Tierarten für die Folgen verantwortlich. Wie beim Kürren von Sündenböcken üblich, geht man hier mit Scheuklappen zu Werke.

Der Kormoran hat durch das Abfischen der kleinen Schwarmfische sogar eine sehr nützliche Funktion. Er wirkt der Eutrophierung entgegen. Der Kormoran - ein nützliches Tier. Das darf nicht sein. Der Kormoran frißt alles weg, also muß er weg.

Schäden können allenfalls an Teichen auftreten, hier insbesondere beim Aal. Festzustellen ist aber, daß gerade die Aalerträge seit Jahrzehnten zurückgehen, und das kaum durch den Kormoran. Den gibt es erst seit wenigen Jahren wieder in nennenswerter Anzahl in Schleswig-Holstein.

Um **Schäden an Teichen** zu verhindern, gäbe es bereits heute diverse Möglichkeiten jenseits von Knallerei und Zerstörung. Binnengewässer sollten zum Beispiel vermehrt aus der intensiven Nutzung genommen

werden. Das Landesfischereigesetz, Stand Februar 1996, das die Zwangsverpachtung aller Binnenseen, die sich in öffentlicher Hand befinden, vorschreibt, sollte deswegen geändert werden. Teiche können außerdem mit Drähten überspannt werden oder durch den Besatz mit großen mehrjährigen Arten unattraktiver für Kormorane gemacht werden.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

- Das ist kein Teich, Frau Happach-Kasan. Ich dachte, Sie kennen den Ratzeburger See.

Schon heute gibt es auf Antrag auch die Möglichkeit des **Vergrämungsabschlusses**, was aber - wie die F.D.P. richtig feststellt - sinnlos ist. Nicht der tote Artgenosse vergrämt, sondern der Knall, und das ginge auch ohne tote Kormorane. Außerdem verkleinern wenige Abschlüsse den Bestand nicht, sie führen nur zur Beunruhigung auch anderer Vogelarten wie zum Beispiel Rohrdommel, Seeadler mit hier deutlich negativeren Auswirkungen. Der Kormoran fliegt lediglich hin und her, kriegt dadurch größeren Hunger und stillt diesen Hunger dann am Teich des Nachbarn.

Viel beliebter ist daher die **Ausgleichszahlung**. Beides nebeneinander ist nach den gültigen Bestimmungen nicht möglich.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Das Zerstören von Nestern oder das Einbringen von Kunsteiern ist populationsdynamisch ebenfalls sinnlos, ganz abgesehen davon, daß es sich nur schwer vorstellen läßt, wie zum Beispiel das Einbringen von Kunsteiern auf verkoteten Baumruinen machbar wäre.

Es wird die Aufgabe des Ausschusses sein, sich über den Bestand und dessen Entwicklung zu informieren. Auf die merkwürdigen Zahlenverhältnisse im F.D.P.-Antrag wurde schon eingegangen: Im Jahre 1995 3.200, im Jahre 1996 knapp 3.000, und dann heißt es „vermehrt“. Das ist eine Logik, die sicherlich nur die F.D.P. versteht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ferner sollte versucht werden, eine Klärung über **Schaden** und **Nutzen** des Kormorans herbeizuführen. Wenn nachweisbar Schäden auftreten - wie zum Beispiel bereits erwähnt, an Teichen -, ist zu

überprüfen, ob es sinnvoll ist, gerade in diesen Fällen keine Entschädigungszahlungen zu bewilligen, an anderer Stelle aber erstaunlich großzügig zu sein.

Als Beispiel der Ratzeburger See: Der Pächter bezahlt 20.000 DM Pacht, bekommt - man höre und staune! - 18.000 DM Kormoran-Entschädigung, und für diesen See, der von den Kormoranen leergefischt ist, gibt er für 15.000 DM Angelscheine aus -ein Gewinn von 13.000 DM, ohne auch nur einen einzigen Fisch selbst herausgeholt zu haben.

(Widerspruch bei der CDU - Meinhard Füllner [CDU]: Sie sind ja wirklich ahnungslos!)

Wir sollten aber auch einmal grundsätzlich darüber nachdenken, ob sich das große reiche Deutschland soviel weniger Kormorane leisten kann und will als Dänemark und die Niederlande und ob wir sogar noch versuchen sollten, andere Länder von ihrer kormoranfreundlichen Einstellung abzubringen.

Die rechtliche Seite möchte ich zum Schluß nur streifen. Wir sollten uns hüten, ohne wirkliche Not gesetzlich vorgeschriebenen Artenschutz, der mühsam durchgesetzt worden ist, in Frage zu stellen. Der Kormoran wäre nur ein Einstieg; Habicht und andere Tierarten würden folgen.

Erlauben Sie mir zum Schluß noch einen Schlenker in die Tiefenpsychologie. Sigmund Freud hätte sicherlich versucht herauszufinden, warum es die F.D.P. immer wieder auf große schwarze Vögel abgesehen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ende 1995, anlässlich des bis dato letzten Kormoran-Antrags schrieb der LNV in einer Presseerklärung: „Auch der Kormoran wird die F.D.P. nicht über die Fünf-Prozent-Hürde tragen.“

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Hat er aber!)

Offenbar hat sich der LNV getäuscht. Meine Damen und Herren von der F.D.P., versuchen Sie, Ihren Antrag zu klonen; es gibt noch mehr Wahlen.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir wollen mal sehen,

was beim nächsten Mal von Ihnen übrigbleibt!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der 13. Legislaturperiode gab es vier Kleine Anfragen, eine Große Anfrage, einen Gesetzentwurf und zwei Anträge sowie ausführliche Ausschußberatungen zum Thema **Kormoran**. Auch in der 10. und 12. Legislaturperiode war der Kormoran ein ganz wichtiges Thema. Sie verstehen, daß ich mich als neues Mitglied des Landtages erst einmal schlau machen mußte. Meine Konklusion lautet also: Alle zwei Monate die A 20, alle Jahre wieder die Kormorane -

(Beifall bei der SPD)

Grund genug für den SSW, dieses Thema also auch zur Chefsache zu machen.

(Klaus Schlie [CDU]: Was bleibt da noch anderes übrig!)

- Ja, manchmal schaltet man nicht so schnell, Herr Schlie; aber nun im Ernst: Wenn man berücksichtigt, daß der Kormoran in Schleswig-Holstein vor gut 100 Jahren als ausgestorben galt, ist es bemerkenswert und auch schön, daß dieser Vogel wieder ein Teil der natürlichen Landschaft in unserem Land geworden ist.

1983 wurde das erste Brutpaar des Kormorans in Schleswig-Holstein gesichtet, und 1996 wurden bereits über 3.000 Brutpaare von Kormoranen hierzulande registriert. Das starke **Wachstum des Kormoranbestandes** ist unter anderem auf verbesserte internationale Schutzbestimmungen zurückzuführen. Ein weiterer Grund ist, daß in Schleswig-Holstein keine natürlichen Feinde des Kormorans existieren. Eine natürliche Regulierung des Kormoranbestandes ist daher allenfalls durch die Menge der zur Verfügung stehenden Nahrung möglich.

Der Anstieg der Kormoranpopulation ist jedoch nicht ohne Folgen für die **Binnenfischerei**. Ein Kormoran verzehrt mindestens 500 g Fisch am Tag. Hochgerechnet auf ein Jahr ergibt das 180 kg. Der SSW ist der Auffassung, daß man das Problem daher ernst nehmen sollte. Man sollte es jedoch nicht überbewerten, denn über 90 % der vom Kormoran verzehrten Fische gelten beispielsweise als

wirtschaftlich uninteressante Kleinfische. Man kann also das Auftreten vieler Kormorane nicht ohne weiteres mit größeren wirtschaftlichen Schäden gleichsetzen. Natürlich mag es Fälle geben, in denen der Kormoran Fischereibetriebe in Existenzschwierigkeiten gebracht hat. Daher sollte man ruhigen Gewissens eine Regulierung von Kormoranenbeständen erörtern.

Wie kann man den Bestand regulieren, wenn dies als geboten erscheint? Mit den sogenannten **Vergrämungsabschüssen** kann sich der SSW nicht anfreunden. Die Wirksamkeit derartiger Maßnahmen wird zudem von vielen stark bezweifelt. Ein angemessener Schritt wäre nach unserer Meinung dagegen der Einsatz von Kunststeinen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Ebenso könnte eine Bestandsregulierung vorgenommen werden, indem man Eier aus den Nestern der Kormorane herausnimmt. Ich bin der Meinung, daß man sich überlegen sollte, ob eine **Bestandsregulierung** erforderlich ist. Wenn das so ist, dann müßte dies auch im europäischen Kontext geschehen. Allerdings sehe ich nicht die Notwendigkeit, die Übertragung des Kormorans aus dem Anhang I in den Anhang II der EU-Vogelschutzrichtlinie zu beantragen. Statt dessen sollte man die Entwicklung des Kormoranbestandes aufmerksam beobachten, das heißt, also auch im nächsten Jahr wieder einen Antrag stellen und im Rahmen des geltenden Rechts von Fall zu Fall zu reagieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Dann gibt es keine Fischer mehr!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Für einen Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Poppendiecker das Wort.

**Gerhard Poppendiecker [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Claus, ich hatte mich schon vorher gemeldet, hier in einem Kurzbeitrag etwas dazu zu sagen.

Es gibt 10.000 **Kormorane** in Schleswig-Holstein, aber glauben Sie, es war mir möglich, innerhalb von vier Tagen ein ausgestopftes Exemplar zu bekommen,



um es heute morgen hierherzubringen und es Ihnen zu zeigen? Das war nicht möglich.

Die Intention für mich, dieses Thema wieder auf den Tisch zu bringen, war eigentlich die Vorstellung, daß wir, wenn dieses Thema jedes Jahr wieder einmal auf den Tisch kommt, irgendwann auch einmal handeln müssen!

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Martin Kayenburg [CDU]: So sehen wir  
das mit der A 20 auch!)

Ich möchte einmal drei Bemerkungen vorweg machen.

Erstens: Ich möchte die traditionelle Zunft der **Berufsfischer** in diesem Lande erhalten.

(Beifall bei CDU und F.D.P. und  
vereinzelt bei der SPD)

Zweitens: Ich möchte den Kormoran nicht abschießen. Ich möchte ihn nicht wild abschießen, sondern ich denke, es muß ein vernünftiges Miteinander von Fischerei und Kormoran geben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Drittens: Dies ist nur möglich, wenn wir uns darüber vernünftig unterhalten.

Ich stehe mit dieser Forderung ja nicht allein, denn erstens gibt es das Schreiben unseres **Umweltministers** vom 17. April 1997, der mir geschrieben hat, sein Haus sei dabei, nach Lösungen zu suchen, die für beide Seiten befriedigend seien.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich gehe einmal davon aus, daß er mir dies nicht einfach nur schreibt, um mich zu befriedigen

(Heiterkeit)

- natürlich, um meine Wünsche zu befriedigen -, sondern ganz einfach deshalb, weil er das ernst meint. Davon gehe ich aus.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Zweitens: Der **Ausschuß der Regionen**, in dem auch Sozialdemokraten sitzen, hat einstimmig den Beschluß

gefaßt, den Zuwachs an Kormoranen einzudämmen, und zwar mit der Begründung: „Wir wollen die Fischerei erhalten“ - also ganz vernünftig! Hier fordert man einfach die Überprüfung der Richtlinie.

Drittens schließlich hat die **Agrarministerkonferenz** am 21. März dieses Jahres ebenfalls gesagt, „wir müssen etwas unternehmen“, und man fordert die Bundesregierung auf, den Kormoran aus dem Anhang I der **EG-Vogelschutzrichtlinie** zu streichen. Insofern denke ich, daß ich nicht ganz allein stehe.

Ich möchte - das wiederhole ich hier und möchte auch nicht mehr dazu sagen, weil ich denke, daß wir uns in diesem Hause heute einig sind -, daß wir diesen Antrag an die Ausschüsse überweisen, natürlich auch an den **Agrarausschuß**, denn die Überweisung allein an den **Umweltausschuß** wäre in meinen Augen - das sage ich jetzt einmal ein wenig kritisch - etwas zu wenig, weil dann möglicherweise die Fischer nicht so ganz zu ihrem Recht kommen. Damit möchte ich allerdings niemandem etwas unterstellen.

Ich denke, wir sollten jetzt in den Ausschüssen wirklich einmal die Gelegenheit nutzen - um das nicht wieder jedes Jahr auf den Tisch zu bringen, Anke -, Lösungen zu suchen, mit denen beide Seiten -Fischerei und Teichwirte sowie die Vogelschützer - einverstanden sein können. Wenn wir dies schaffen und nicht jedes Jahr erneut darüber diskutieren, kommen wir ein ganzes Stück weiter. Wir hätten Ruhe, und der Kormoran, dieser herrliche schwarze Vogel, auch!

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Minister Steenblock.

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Spoorendonk, ich kann mich vielen Ihrer Ausführungen anschließen; eines würde ich aber gern etwas anders formulieren. Sie haben gesagt, daß der Kormoran Ende des letzten Jahrhunderts ausgestorben sei. Das hört sich ein bißchen sehr sanft an.

Der Kormoran ist im letzten Jahrhundert massiv ausgerottet worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Happach-Kasan und auch Frau Franzen haben darauf hingewiesen, daß das, was passiert ist, sicherlich eine **Erfolgsgeschichte** des Kormorans darstellt. Das sollte man auch deutlich so sagen. Der Kormoran ist eine Erfolgsgeschichte des Natur- und Artenschutzes in Schleswig-Holstein. Der Kormoran lebt bei uns inzwischen in sicheren Beständen. Das ist ein Erfolg, für den ich den Natur- und Artenschützern sehr dankbar bin. Der Umweltminister dieses Landes wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß das so bleibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin ganz zuversichtlich, daß das Thema Kormoran nach der langen Erfolgsgeschichte der parlamentarischen Behandlung jetzt zu einem Abschluß - nicht zu einem Abschluß - kommt. Ich glaube, daß wir in der Sache gar nicht mehr so weit auseinander sind, wie das früher der Fall war.

Inzwischen haben wir einen Zeitpunkt erreicht, an dem auch über Lenkungsmaßnahmen diskutiert werden kann. Das sollten wir aber auf einer vernünftigen sachlichen Grundlage tun. Dazu muß man die Zahlen so nehmen, wie sie sind. Frau Happach-Kasan, die Zahlen, die Sie in Ihrem Antrag nennen, sind zum Teil etwas ungenau, deshalb möchte ich dazu noch etwas sagen. In Schleswig-Holstein brüteten im letzten Jahr 2.600 Kormoranpaare, das sind 20 % weniger als im Jahr 1995. Sie nennen weitere Zahlen aus den Niederlanden, da sprechen Sie von 60.000 bis 70.000 Brutpaaren. So viele hat es in den Niederlanden nie gegeben. Im Jahre 1992 hat es mit 20.900 Paaren den Höchststand gegeben, 1994 waren es nur noch 14.200 Paare. Der Bestand hat also um 30 % abgenommen. Mittlerweile brüten zirka 15.000 bis 16.000 Paare in den Niederlanden. Viel relevanter für Schleswig-Holstein ist jedoch die Zahl der 40.000 Paare, die in Dänemark brüten.

Jetzt komme ich zu den **Schäden** in den schleswig-holsteinischen Binnengewässern, insbesondere für die Binnenfischerei. Natürlich kommt es in einer Reihe von Anlagen zu Schäden, insbesondere in der Teichwirtschaft kommt es punktuell zu sogar erheblichen Schäden. Es gibt aber so gut wie keine Schäden für die Fischerei auf den großen Seen oder in den Küstengewässern.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Es läßt sich schwer feststellen, wie hoch die Schäden tatsächlich sind. Wir haben deshalb eine pauschale Entschädigungsregelung realisiert, die auch angenommen wird. 99 % der Teichwirte wählen von der Alternative Vergrämnungsabschüsse oder Entschädigungszahlung die **Entschädigungszahlung** und verzichten auf Vergrämnungsabschüsse. Anzumerken ist, daß das Verfahren sicher noch verbesserungsbedürftig ist - dazu sage ich später noch etwas.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hopp?

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Ja, wenn sie ganz schnell geht.

**Claus Hopp [CDU]:** Herr Minister, Sie haben eben gesagt, daß es auf den großen Seen durch die Kormorane so gut wie keine Beeinträchtigung gebe. Wie kommt es, daß auf dem Großen Plöner See - einem der größten Seen, die wir in Deutschland haben - Fischer Wilcken die Fischerei aufgeben mußte?

- Das stimmt, die Ursachen dafür liegen aber sicherlich nicht nur in den Kormoranbeständen, oder so gut wie gar nicht darin. Wenn Sie sich die Zahlen über die Situation der Fischerei im Agrarbericht anschauen, werden Sie feststellen, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland positiv verläuft. Aufgrund der knappen Zeit verzichte ich darauf, Ihnen das alles vorzutragen. Probleme haben wir also nicht. Ich möchte hier keine falschen Fronten aufbauen, indem ich weiter darauf eingehe.

Wir haben eine **Schadenersatzregelung**, die verbesserungsfähig ist, aber nicht im Hinblick auf ihre materielle Situation. Ich glaube, daß wir das Problem nicht dadurch lösen können, daß wir uns eine einzige Maßnahme für die Zukunft vornehmen. In dem Antrag der F.D.P. wird gefordert, daß wir aufgrund der veränderten Situation zu neuen Regelungen kommen müssen. Das hat die Landesregierung aufgenommen. Inzwischen gibt es zwischen dem Haus meines Kollegen Wiesen und meinem Haus eine Arbeitsgruppe, die sich zu dieser Frage Gedanken

gemacht hat und Vorschläge erarbeiten wird, wie wir gerade die Situation der Teichwirte in dem Nutzungs- und Schutzkonflikt verbessern können. Wir werden sicherlich relativ rasch zu Ergebnissen kommen, die allerdings mit dem Natur- und Tierschutz abgestimmt werden müssen.

Frau Happach-Kasan, zu den anderen Punkten Ihres Antrages kann man sagen, daß sie - genau wie der eben genannte Punkt - bereits erledigt sind. So ist zu Punkt 2 Ihres Antrags, zur internationalen Entwicklung, festzustellen, daß es auf Bundes- und internationaler Ebene eine Arbeitsgruppe gibt, außerdem einen Aktionsplan für den Kormoran, an dem alle Länder, die davon betroffen sind, mitwirken. Ich glaube, damit befinden wir uns auf einem guten Weg. Zu Punkt 3 Ihres Antrags ist zu sagen, daß die EU-Kommission im Mai den zuständigen Gremien der EU vorschlagen wird, den Kormoran aus dem Anhang I herauszunehmen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Das alles sind Prozesse, die schon angelaufen sind und die im Umweltausschuß noch einmal angesprochen werden können.

Ich bin ganz zuversichtlich, daß sich nach der Erfolgsgeschichte des Kormorans die Symbolträchtigkeit der Debatte erledigt hat. Sie ist im positiven Sinne für den Artenschutz entschieden worden. Jetzt brauchen wir Regelungen, die auch die Nutzerseite berücksichtigen. Die Landesregierung wird ihre Politik in diese Richtung fortsetzen. Wir werden den Kormoran mit der gleichen Intensität schützen, wie wir das bisher getan haben. Herr Wiesen und ich werden zusammen die Nutzungskonflikte im Sinne der Fischerei und im Sinne von dem, was Herr Poppendiecker vorgeschlagen hat, sicherlich lösen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor; ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag federführend dem Umweltausschuß und mitberatend dem Agrarausschuß zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 11 auf:

#### Projekt: Weiterbildungsmakler

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/653

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall; dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

#### Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Weiterbildung ist heute eine Grundvoraussetzung, wenn man im beruflichen Leben bestehen will. Das gilt insbesondere für unsere arbeitslosen Mitbürger. Ich stelle das an den Anfang meiner Ausführungen, weil ich klarmachen will, daß es uns in unserem Antrag nicht um Weiterbildung generell, sondern darum geht, daß ein gescheitertes Projekt beendet wird, und daß die Landesregierung das Scheitern auch zugibt.

Ich will nicht behaupten, die **Weiterbildungsmakler** seien der Flop des Jahrhunderts schlechthin. Festzustellen bleibt aber, daß sie mindestens eine viel zu teure Beschäftigungsgesellschaft für nur zwei Arbeitnehmer sind. Fehlinvestitionen kommen in jedem Unternehmen vor. In einem solchen Fall beendet man die Aktivitäten. - Das muß analog auch für eine wirtschaftlich denkende Landesregierung gelten.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Es ist grundsätzlich falsch, schlechtem Geld gutes hinterher zu werfen.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Wir haben schon in den Haushaltsberatungen auf die Problematik aufmerksam gemacht, und wir wollen der Regierung helfen, Geld zu sparen.

Ich möchte einem möglichen Einwand von Herrn Kubicki - der gerade nicht anwesend ist - mit der Bemerkung entgegenwirken, daß wir erstens unseren Antrag umgestellt haben - wie Sie gesehen haben -; zweitens meinen wir, daß es zu jedem Zeitpunkt richtig ist, auf **gescheiterte Projekte** und Fehlinvestitionen hinzuweisen; drittens halten wir es für fair, den Betroffenen frühzeitig zu sagen, daß ihr Arbeitsplatz gefährdet ist, und viertens werden wir in einer

Ausschußüberweisung darüber nachdenken, ob wir nicht die Mittel für das Projekt im Nachtragshaushalt kürzen.

Das Pilotprojekt war für drei Jahre angelegt. Es ist nicht genau festzustellen, aus welchem Haushaltstitel es finanziert wurde. Die Landesregierung weist allerdings darauf hin, daß es zu 45 % aus **EU-Mitteln** finanziert wurde. Es wurden zwei Weiterbildungsmakler eingestellt, auf deren Aufgaben ich im einzelnen nicht hinweisen will, denn das können Sie alles nachlesen. Unter anderem gehört dazu aber die Ermittlung der Weiterbildungsbedürfnisse und Vorstellungen in den kleineren und mittleren Unternehmen. Das erwähne ich, weil man das hinsichtlich der Effizienz und der Aktivität dieser Makler kritisieren kann.

Die Weiterbildungsmakler stehen damit eindeutig in Konkurrenz zu privaten Unternehmen. Ihre Aufgabe ähnelt der eines Handelsvertreters, das heißt, sie nehmen eine Vermarktungsaufgabe wahr, die eigentlich von den Instituten wahrzunehmen wäre. Mit Sicherheit nehmen sie aber keine staatliche Aufgabe wahr, insoweit sind die Mittel, die die Landesregierung ausgelobt hat, **Subventionen**, denn sie helfen Privaten bei der Lösung ihrer Marketingaufgaben. Auch aus diesem Grund ist der Titel zu streichen. Für die Privaten bedeutet das nämlich lediglich ein Mitnahmeeffekt.

Was die Weiterbildung anbelangt, gibt es für diejenigen, die betroffen sind - ich sehe zwar wenige Weiterbildungs- und Bildungsexperten der SPD -, bei der Arbeitsverwaltung die Weiterbildungsdatenbank „Kurs PC“, die ein umfassendes Informationssystem darstellt. Die Interessierten können dort alle erforderlichen Informationen abrufen.

Ich hatte eben auf die Effizienz und **Effektivität** der Makler hingewiesen. Sie haben im zweiten Jahr ungefähr 600 Firmen kontaktiert. Das bedeutet pro Makler ungefähr 300 Beratungsgespräche und Firmenbesuche. Wenn man es andersherum rechnet, sind das drei Gespräche pro Woche. Wenn es sich die Landesregierung leisten kann, für drei Gespräche pro Woche ein Projekt von insgesamt 700.000 DM auszuloben, weiß ich, wo die Haushaltsmittel dieses Landes versickern.

Die Bewertung der Landesregierung ist im übrigen ebenfalls kritisch, wie man aus dem Umdruck, den die Landesregierung vorgelegt hat, ersehen kann.

Im Ergebnis sollten wir meiner Meinung nach festhalten, daß die Makler im Regelfall ohne Provision

tätig sind, weil ihre Beratungsgespräche üblicherweise nicht zu Abschlüssen führen. Insofern ist also der völlig falsche Ansatz gewählt worden. Ein Beratungskonzept, das in dieser Form angelegt ist, wird oft nach folgenden Prinzip behandelt: Was nichts kostet, ist auch nichts.

Die Landesregierung stellt zu Recht fest, daß im zweiten Jahr lediglich 15 % der Mittel eingeworben werden. Das bedeutet, daß das Projekt absolut nicht haltbar ist.

Für das dritte Jahr ist daraus zu schließen, daß ebenfalls die notwendigen Mittel nicht erwirtschaftet werden.

Die Landesregierung zieht dann einen Vergleich zur Immobilienwirtschaft und stellt fest, daß es etwa fünf bis zehn Jahre dauere, bis ein Immobilienmakler im Markt Fuß gefaßt hat. Wenn wir es uns leisten wollen, auch die Weiterbildungsmakler für fünf bis zehn Jahre zu finanzieren, bedeutet das einen Kostenaufwand von weiteren rund 2 Millionen DM, die mit Sicherheit nicht zur Verfügung stehen. Insoweit sind wir der Auffassung, daß diese Aufgabe von denen wahrzunehmen ist, die die Weiterbildung anbieten und daß das Projekt „Weiterbildungsmakler“ unverzüglich zu stoppen ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Küstner.

**Birgit Küstner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Modellprojekt „Weiterbildungsmakler“ wurde im Jahre 1994 als Angebot an die kleinen und mittleren Unternehmen im Lande zur Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten ins Leben gerufen. Es wird aus Mitteln des Wirtschaftsministeriums und des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Hintergrund für die Einrichtung dieses Projekts war die Tatsache, daß sich die Unternehmen in unserem Lande - nicht nur hier - zunehmend vor Herausforderungen gestellt sehen, die zum Beispiel durch den betrieblichen Strukturwandel, den technischen Fortschritt sowie durch neue Produktions- und Kommunikationstechniken geprägt sind. Wenn man diese Herausforderungen erfolgreich meistern will, setzt dies natürlich entsprechend qualifiziertes Personal voraus. Um diesen Qualifizierungsbedarf zu decken, kommt der

**beruflichen Weiterbildung** ein erhöhter Stellenwert zu.

Es ist inzwischen unbestritten - Herr Kayenburg, ich meine, Sie auch so verstanden zu haben -, daß die berufliche Weiterbildung ein wichtiger Faktor in der Wirtschaft ist. Sie ist ein wichtiger Faktor zur Sicherung und auch zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen stehen aus leicht nachvollziehbaren Gründen in diesem Bereich aber oft vor besonderen Problemen, da sie oft nicht in der Lage sind, die berufliche Weiterbildung im eigenen Betrieb selbst zu organisieren. Genau hier sollen die Weiterbildungsmakler Hilfestellung leisten.

Wenn ich die Berichte über die ersten zwei Projektjahre richtig lese, ist diese Hilfe zunehmend angenommen worden. Dies ganz abgesehen davon, daß dieses Modellprojekt auch wertvolle Hinweise darüber erbringt, wie die Weiterbildung gerade für kleine und mittlere Unternehmen noch optimiert werden kann.

Das Projekt war von vornherein so angelegt, daß sich die Weiterbildungsmakler nach einer Anschubfinanzierung ab dem vierten Jahr durch Eigeneinnahmen selbst finanzieren. In diesem Fall gebe ich Herrn Kayenburg recht. Der zweite Bericht über das Projekt gibt durchaus zu Zweifeln Anlaß, ob dieses Ziel erreicht werden kann.

Lieber Herr Kayenburg, trotzdem ist der Antrag Ihrer Fraktion ein Schnellschuß. Daran ändert auch der Änderungsantrag nichts, wobei ich einfach einmal sage, daß Sie diesen Änderungsantrag vorgelegt haben, um dem Vorwurf zu entgehen, außerhalb der Haushaltsberatungen Haushaltsanträge zu stellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das können Sie so sehen!)

Sie haben selbst darauf hingewiesen, daß der zweite Bericht über das Projekt den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses vor kurzer Zeit vorgelegt worden ist. Herr Kayenburg, ich meine schon, Ihre Fraktion wäre mit Sicherheit besser beraten gewesen, diesen Bericht erst einmal im Wirtschaftsausschuß zu diskutieren, um den Minister fragen zu können, ob überhaupt geplant ist, das Projekt fortzusetzen und was überhaupt im Zusammenhang mit diesem Projekt geplant ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Hinsichtlich der Arbeitsökonomie dieses Plenums wäre das wohl ganz sinnvoll gewesen;

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

denn wie Sie in den beiden Berichten über das Projekt unschwer lesen können, war es von vornherein auf drei Jahre befristet. Das heißt im Klartext, daß das Projekt am 31. Mai dieses Jahres ausläuft.

Herr Kayenburg, ich möchte noch einmal auf Ihren Änderungsantrag eingehen. Sie wollen das Projekt am 30. Mai auslaufen lassen. Sie meinen doch wohl nicht im Ernst, daß wir für diesen einen Tag eine Plenardebatte brauchen?

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag der CDU-Fraktion ist meiner Meinung nach ein wenig mit heißer Nadel genäht worden. Er entbehrt meiner Meinung nach auch jeder konkreten Grundlage und wäre daher an sich abzulehnen. Da Sie aber eine Ausschußüberweisung beantragt haben und ich auch der Meinung bin, daß es ganz spannend sein kann, über die Weiterbildungsmakler im Ausschuß noch einmal grundsätzlich zu sprechen, können wir im Ausschuß noch einmal über das Projekt „Weiterbildungsmakler“ reden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zumindest diejenigen, die es noch schaffen, bei diesem Thema im Saal zu bleiben!

Liebe Opposition, Sie machen es uns verdammt schwer.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Leicht!)

Wir würden gern eine richtige ernsthafte politische Debatte mit Ihnen führen, aber wenn Sie uns einen Antrag präsentieren, der sich zum einen - das wurde beim ersten Antrag deutlich - auf den Haushalt 1998 bezieht, in dem beantragt wird, dort Gelder nicht einzustellen, ist das schwierig.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wir sind einsichtsfähig!)

Wir hatten uns schon überlegt, Nichtbefassung zu beschließen. Wenn Sie zum anderen Ihren Antrag dann aber, weil Sie selbst merken, wie lächerlich oder schwierig Ihr Antrag ist,

(Meinhard Füllner [CDU]: Lächerlich war er nicht! Das ist falsch!)

ändern und das Auslaufen eines Projekts fordern, das ohnehin ausläuft, und wenn Sie jetzt noch Ausschußüberweisung fordern, wo ich für Sie nur hoffen kann, daß dieser Antrag im Ausschuß noch ankommt, bevor sich das Projekt sozusagen erledigt hat, ist es wirklich schwierig, in eine inhaltliche Debatte einzusteigen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Muß auch nicht sein!)

Das Thema, ob es sinnvoll ist, Weiterbildung in privaten Unternehmen zu subventionieren, ist hochinteressant. Etwas mehr Kreativität hätte ich mir aber gewünscht, damit wir uns auch politisch mit diesem Thema auseinandersetzen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Meinhard Füllner [CDU]: Das machen Sie mal!)

Es ist schwierig, Dynamik in einen solchen Redebeitrag zu bringen. Ich habe aber noch ein wenig Zeit, so daß ich Ihnen noch etwas dazu sagen möchte, weil ich Ihnen auch gerne eine Hilfestellung gebe

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

in der Hoffnung, daß wir in den nächsten drei Jahren auch hier politisch miteinander streiten können.

Dahinter steckt auch das Thema **Modellversuche** und die Frage, ob es sinnvoll ist, gerade in Zeiten knapper Kassen Modellversuche anzustoßen. Der Landesrechnungshof hat zum Bereich Bildung schließlich immer wieder sehr kritische und deutliche Worte gefunden. Ich sage für unsere Fraktion: Wir werden uns bemühen, auch dann, wenn die Gelder immer knapper werden, weiterhin Projekte zu initiieren. Wir stehen auch dazu, weil wir glauben, daß Kreativität und Innovation gerade im Bildungs- und

Weiterbildungsbereich durchaus Aufgabe des Staates ist und durchaus auch Aufgabe des Staats sein muß.

Dazu gehört aber auch der Mut zu sagen: Dieses Projekt hat nicht geklappt. Die Ziele sind nicht eingetreten. Die Bilanz stimmt nicht. Ich stelle es wieder ein, oder ich versuche, andere Trägerinnen und Träger zu finden. Es ist meiner Meinung eine richtungsweisende Sache, **Mut zu Modellprojekten** zu haben und zu sagen, daß es das nicht war, ohne sich einander vorzuwerfen, daß Mittel verschwendet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich kann es kurz machen. Wir gehen offensichtlich alle davon aus, daß es sich um ein Pilot- und Modellprojekt gehandelt hat und daß demzufolge

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Etwas fraglich ist!)

dieses Modellprojekt auch tatsächlich auslaufen wird. Insofern ist die Debatte eigentlich zu Ende. Aber, Frau Küstner, Sie haben auf eines hingewiesen, das ich doch kommentieren muß. Sie haben ja recht. Sie haben auf das Datum 30. Mai hingewiesen. Das ist aber dann doch richtig. Ich habe mich eben kurz schlaugemacht. Der 30. Mai ist nämlich ein Freitag. Und da wir davon ausgehen, daß auch die Weiterbildungsmakler am Samstag und Sonntag nicht arbeiten, ist es natürlich trotzdem richtig, dieses Projekt am 30. Mai auslaufen zu lassen.

(Zuruf der Abgeordneten Birgit Küstner [SPD])

Wir werden Ihrem Antrag zustimmen. Im übrigen gehe ich davon aus - Herr Kayenburg hat mir das vorhin gesagt -, daß wir in der Sache entscheiden und nicht an den Ausschuß überweisen. Das ist dieser Sache auch angemessen.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

(Klaus Schlie [CDU]: Jetzt kommt die Wende!)

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will doch etwas zum Thema sagen. Die Idee der Weiterbildungsmakler ist gut. Das gilt in besonderem Maße für ein Land wie Schleswig-Holstein. Unsere Wirtschaft besteht ja maßgeblich aus kleinen und mittleren Unternehmen, die intern nur wenig Ressourcen für Weiterbildungsaspekte haben. Es ist aber etwas übereilt, wenn die CDU jetzt für das **Modellprojekt Weiterbildungsmakler** die Diagnose „unheilbar krank“ stellt.

Wir wissen - das ist vorhin schon deutlich gesagt worden -, daß es ein Modellversuch ist. Keiner kann erwarten, daß die Weiterbildungsmakler allenthalben mit spontaner Akzeptanz empfangen werden. Wo bisher nicht weitergebildet werden konnte und wo man vielleicht gar nicht über die Möglichkeit nachgedacht hat, muß beiderseits eine gewisse Vorarbeit geleistet werden, bevor eine solche Investition getätigt wird. Es dauert etwas, bis sich so etwas durchsetzt, nicht zuletzt, weil viele kleine Betriebe im Alltag nicht die Voraussetzungen haben, über solche Fragen überhaupt nachzudenken.

Sicherlich ist es zuwenig, wenn durch die Einnahmen der Weiterbildungsmakler nur 15 % der Kosten gedeckt werden können. Der Bericht macht aber auch deutlich, daß die Regierung die Probleme erkannt hat. Neben der erst langsam wachsenden Annahme des Angebots besteht ein Hauptproblem darin, daß sich Unternehmen kostenlos beraten lassen und dann unter Umgehung des Maklers Weiterbildungsmaßnahmen einkaufen. In dem Bericht führt die Landesregierung aus, wie sie diesem Problem entgegenwirken will. Ich finde die Erklärung und die strategische Antwort plausibel.

Jetzt weiß ich, daß die Landesregierung vorhat, das Projekt auslaufen zu lassen. Aber dennoch finde ich, muß man auch die positiven Aspekte noch einmal deutlich machen. Und überhaupt bleibt die Frage zu klären, ob die von der CDU verteilte längerfristige **Subvention** durch das Land wirklich völlig ausgeschlossen ist, bevor wir zu dem Ergebnis kommen, das Projekt wegen mangelnder Selbstfinanzierung zu beenden. Und letztlich muß das

entscheidende Kriterium sein, ob das Projekt für die kleinen und mittleren Unternehmen etwas Wichtiges leisten kann, und nicht die Frage, wie es finanziert wird.

Also, von der Sache her gibt es nach meiner Meinung schon etwas zu debattieren. Was zuletzt von der Kollegin Heinold zu dem Antrag gesagt worden ist, kann ich nur unterstützen.

(Beifall bei der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Minister Steinbrück.

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesen Antrag muß ein Geheimnis umwehen, das ich nicht erschließen kann. Denn erklärtermaßen wird das **Modellprojekt** am 31. Mai zu Ende geführt, lieber Herr Kayenburg, und nicht am 30. Mai. Das habe ich bereits mehrere Male bekanntgegeben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hören wir heute zum erstenmal!)

- Nein, dem Wirtschaftsausschuß liegen zwei ausführliche Projektberichte vor, und Sie kennen die Richtlinien zu diesem Projekt, in denen immer gesagt wird, daß es um eine anteilige, degressive und **zeitlich befristete Bezuschussung** geht.

Vor diesem Hintergrund sage ich ganz im Ernst: Ich stehe noch sehr unter dem Eindruck des Beitrages von Herrn Hennig gestern, daß sich dieses Hohe Haus doch Politikrituale ersparen sollte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mir nicht ganz sicher - ohne Ihre parlamentarische Initiative damit bewerten zu wollen -, ob das nicht genau darunter fällt. Wenn Sie einen Antrag gestellt hätten, um über den Inhalt der Weiterbildungsnotlage zu diskutieren, dann hätte ich das verstehen können. Diese Debatte aber verstehe ich nicht, wo uns nur 24 Stunden trennen, mehr nicht. Insofern kann ich nur dazu ermuntern, jetzt abschließend zu entscheiden und nicht an den Ausschuß zu überweisen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Es ist jetzt sowohl Ausschußüberweisung als auch Abstimmung in der Sache beantragt. - Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave, Sie haben das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave [SPD]:**

Frau Präsidentin! Im Namen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stelle ich folgenden Änderungsantrag zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in dem Sinne, daß das Datum 30.05.97 auf 31.05.97 geändert wird. Dann sind wir bereit, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]:  
Der Antragsteller übernimmt diesen Antrag!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Der Antragsteller übernimmt diesen Antrag. Gut! - Dann darf ich jetzt abstimmen lassen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/681, mit der soeben einmütig vorgenommenen Änderung, das Datum 30.05. auf 31.05. zu ändern. Ich bitte um das Handzeichen, wer für diesen so geänderten Änderungsantrag der CDU stimmen will. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei Enthaltung des Herrn Abgeordneten Dr. Dall'Asta so beschlossen.

(Unruhe)

Da es aber ein Änderungsantrag ist, muß ich Ihre Aufmerksamkeit noch einen Moment in Anspruch nehmen, meine Damen und Herren. Ich lasse jetzt abstimmen über den Ursprungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/653, in der soeben geänderten Fassung. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist so beschlossen.

(Unruhe und Zurufe von der SPD)

- Es ist etwas unverständlich. Ihr Handzeichen kann ich gut verstehen, Frau Kollegin Erdsiek-Rave. Aber die Geschäftsordnung schreibt es so vor.

(Beifall und Heiterkeit - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ich bitte um Entschuldigung!)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 17 auf:

### **Fahndungskapazitäten der Polizei in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/659

Der Bericht soll mündlich gegeben werden, so daß ich zunächst dem Herrn Innenminister das Wort für den Bericht erteile.

**Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu entsprechenden Presseveröffentlichungen und der kritiklosen Übernahme derselben durch die Opposition zum Thema Fahndung lassen Sie mich folgende Fakten nennen: Mit Stand vom 15. April 1997 haben die Justizbehörden die Polizei des Landes ersucht, zirka 2.400 nachweisbar untergetauchte Personen zu verhaften, wobei rund 800 Personen zur Untersuchungshaft und rund 1.600 Personen zur Vollstreckungshaft gesucht werden. Zum Vergleich: In Deutschland werden insgesamt zur Zeit mit Haftbefehl zur Untersuchungs- und Vollstreckungshaft cirka 174.000 Personen gesucht. Der Anteil Schleswig-Holsteins an dem bundesweiten Fahndungsaufkommen beträgt 1,4 %.

Bei den 800 Anlässen, die zur Untersuchungshaft führten, finden sich zu 55 % Betrug, Unterschlagung, Diebstahl und Hehlerei, zu 34 % sonstige Delikte einschließlich der Verkehrsdelikte, und zu 11 % Delikte der schweren Kriminalität.

Bei den 1.600 Vollstreckungshaftbefehlen stützen sich 46 % auf Betrug, Unterschlagung, Diebstahl oder Steuerhinterziehung, 28 % auf Verkehrsdelikte, 21 % auf sonstige Delikte und 5 % auf Delikte der schweren Kriminalität. Die Strafverbüßung besteht zu zirka 30 % aus kleineren Ersatzfreiheitsstrafen wegen Trunkenheit im Verkehr, versuchten Diebstahls oder auch Unterhaltspflichtverletzungen und zu zirka 24 % aus Restfreiheitsstrafen. Das ist die Wirklichkeit.

Vernünftiges Augenmaß, Beachtung der Verhältnismäßigkeit und sinnvoller Einsatz unserer Personalressourcen sind unsere Instrumente. Von jedem Haftbefehl wird zunächst je nach Zuständigkeit für den Fall die örtliche Kriminal- oder Schutzpolizei



informiert. Diese weiß am besten, wo sich jemand aufhalten kann, wer Kontaktperson ist, wo jemand untergetaucht sein könnte.

Seit 1994 schalten alle 15 Polizeiinspektionen grundsätzlich die zivilen Streifenkommandos - Gesamtstärke circa 115 Beamte auf Landesebene - in die **Fahndung** und Vollstreckung von Haftbefehlen nach Personen ein.

Dies ist eine erhebliche personelle **Fahndungskapazität**, die große Erfolge vorweisen kann. Die zirka 4.000 Festnahmen auf frischer Tat gingen in den letzten drei Jahren zusätzlich auf das Erfolgskonto dieser zivilen Streifen- und Fahndungstrupps. Die Aufklärungsquote 1996 mit 45,1 % - die höchste in den letzten zehn Jahren - und der Rückgang der Kriminalität um 9 % sind auch mit auf diese erfolgreiche Tätigkeit zurückzuführen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Noch wichtiger ist jedoch die Tatsache, daß die Polizei in Schleswig-Holstein seit vielen Jahren jährlich etwa 13.000 bis 14.000 Haftbefehlsfahndungen auf örtlicher Ebene erledigt, bevor die nicht vollstreckbaren Festnahmeersuchen auf Antrag der Justizbehörden der zentralen Sammlung im Landeskriminalamt, nämlich zu den rund 2.400 Haftbefehlen, übersandt werden. Von diesen 2.400 Haftbefehlen werden jährlich etwa 1.000 erledigt, jährlich kommen aber auch etwa 1.000 hinzu, so daß der Bestand relativ stabil ist.

Vergleichsweise befinden sich in Hamburg mehr als das Doppelte, zirka 6.000, und in Niedersachsen etwa das Vierfache, zirka 10.000, solcher Fahndungsersuche in der zentralen Sammlung der Landeskriminalämter.

Neben den zivilen Streifenkommandos werden zur gezielten Fahndung in Schleswig-Holstein die speziellen Fahndungskräfte in den Polizeidirektionen eingesetzt. Diese können nach Weisung des Leiters der Polizeidirektion gezielte und überörtliche Fahndungsersuchen erledigen.

Diese besonderen Fahndungskräfte suchen nach untergetauchten Personen bei schwerwiegender Kriminalität je nach Dringlichkeit oder Erfolgsaussichten im Bundesgebiet, schalten andere örtliche Dienststellen ein, geben Suchvermerke an ausländische Dienststellen oder fahren sogar mit dem

Ermittlungssachbearbeiter ins Ausland, wenn Erfolgsaussichten auf eine Festnahme bestehen.

Ein Wort noch zur Zielfahndung, die übrigens für alle überörtlichen Behördenfahndungen gefordert wird: Bundeseinheitlich wird Zielfahndung definiert als eine „gezielte, besonders intensive, operative Fahndung nach einzelnen, ausgewählten, zur Festnahme gesuchter Straftäter, die meist der Vorrangfahndung unterliegen und besonders gefährlich sind“. Terroristen, Mörder oder gemeingefährliche Sexualtäter gehören dazu.

In Schleswig-Holstein erfüllt keiner der 2.400 Haftbefehle in der LKA-Kartei die Anforderungen an eine Zielfahndung.

(Holger Astrup [SPD]: Interessant! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann sind wir in Schleswig-Holstein relativ sicher!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, die **polizeiliche Fahndung** in Schleswig-Holstein ist erfolgreich, effizient und wird mit Augenmaß betrieben. Dies belegen die Fakten über die Anzahl der jährlichen Verhaftungen und Festnahmen eindeutig.

Meine herzliche Bitte ist: Hören Sie auf, den Menschen in Schleswig-Holstein Angst einzureden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das auch einmal ganz deutlich an den Spezialisten für die innere Sicherheit in der F.D.P.-Fraktion. Wenn richtig ist, was mir berichtet wird, daß Sie am Tag der offenen Tür hier in diesem Saal auf eine Frage aus dem Publikum,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Unerhört!)

was denn die Landesregierung für die innere Sicherheit tue, geantwortet haben, „die Landesregierung tut nichts“, stelle ich fest: Das ist nicht fachmännisch,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist Verleumdung!)

das ist

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

sogar nachweislich falsch, und es ist politisch deswegen verantwortungslos.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Es ist verantwortungsloser Umgang mit dem Thema innere Sicherheit gegenüber den Menschen in unserem Land.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Füllner.

**Meinhard Füllner [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um auf die letzte Ihrer Bemerkungen einzugehen: Ich will nicht pauschal sagen,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Sie waren nicht dabei!)

daß Sie nichts für die **innere Sicherheit** täten. Ich habe wiederholt von dieser Stelle gesagt - das tue ich auch heute wieder -, daß wir in einer Reihe von Ansätzen für die innere Sicherheit übereinstimmen. Es hat hier in vielen Punkten immer ein Stück Übereinstimmung gegeben. Heute haben Sie uns etwas geboten, was nicht akzeptabel ist. Wir haben eine besorgte Anfrage gestellt, die nicht einfach nur auf Aktivismus der Oppositionspartei zurückzuführen

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn sonst?)

und die nicht nur aufgrund einer Presseerklärung erfolgt ist, sondern auf der Grundlage von besorgten Meldungen aus Ihren eigenen Bereichen der inneren Sicherheit basierte, nämlich der Kriminalpolizei und der Schutzpolizei,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unverantwortlich!)

der GdP und des BDK, die sorgenvoll, belegt durch ganz dezidierte Analysen, auf die Frage,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Instrumentalisierung von Menschen!)

inwieweit örtliche und überörtliche Fahndung sichergestellt ist, zu dem Schluß gekommen sind, dies sei nicht der Fall. Weder sächlich noch personell seien ausreichende Ressourcen vorhanden, um diese Aufgaben zu erfüllen.

Ich muß Ihnen sagen: Ich finde es von Ihrer Seite aus unverantwortlich, hier zu sagen, wir übernehmen Presseberichte einfach kritiklos. Da machen Sie es sich zu einfach. Damit können Sie sich nicht davonstellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will jetzt nicht auf das komplizierte Gefüge der Zuständigkeiten eingehen, darauf, wo Fahndung angesiedelt ist. Das regelt die PDV. Da gibt es sehr komplizierte Zuständigkeiten. Wogegen wir uns wehren, ist, daß Sie öffentlich sagen, das müsse ins Ermessen der jeweils zuständigen kriminalpolizeilichen Dienststelle gestellt werden.

Nein, für uns ist dieses Thema in hohem Maße ein politisches. Es berührt die politische Frage - sie haben das selbst in Ihrem letzten Absatz gesagt -, inwieweit Sie das den Bürgern deutlich machen können. Sie können das nicht nur anhand eines Zahlenspiels machen, wie Sie das heute getan haben. Das kann ich so schnell gar nicht nachvollziehen. Wir werden dies sicherlich noch einmal im Innen- und Rechtsausschuß behandeln. Sie sollten auf solche Presseberichte auch etwas sachlicher reagieren und nicht einfach lapidar so einen Satz sagen,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nennen Sie das sachlich, was Sie gerade machen? Meine Güte noch einmal!)

das sei alles vom Feinsten und dies sei in das eigene Ermessen der Kriminaldienststellen gestellt.

Sicherlich kann nicht der Zustand von 1987 wiederhergestellt werden, als wir - wie teilweise von Ihnen selbst gesagt wird - zum Teil sehr üppig ausgestattete Fahndungsgruppen bei den Kommissariaten 22, der Kriminalgruppen 2, hatten. Wir sagen allerdings: Trotz der engen personellen Ressourcen müssen wir mit Erfahrung versehene, spezifische **Fahndungskapazitäten** vorhalten. Dies müssen wir im Innen- und Rechtsausschuß noch einmal diskutieren. Wir müssen nämlich die Sorge der GdP und des BDK ernst nehmen. Da ist ja kein fachspezifischer Richtungskampf erkennbar,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie machen einen daraus!)

sondern da gibt es eine übereinstimmende Analyse der Situation. Vor diesem Hintergrund bitten wir darum, daß Sie Ihren Bericht in den Innen- und Rechtsausschuß bringen und wir dort etwas vertiefter und politischer und sicherheitspolitischer argumentieren. Das wäre dem Thema sicherlich angemessener, als uns hier so lax vorzuwerfen, wir schürten die Ängste der Bürger.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zahn.

**Peter Zahn [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nein, Herr Füllner, Sie machen es sich doch zu einfach.

(Holger Astrup [SPD]: Wie immer!)

Sie müssen sich schon die Zahlen zu Gemüte führen, die der Innenminister hier dargestellt hat.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Obwohl ich dazu neige, diesen Antrag abzulehnen, beantrage ich Ausschußüberweisung, um Ihnen im Ausschuß die Gelegenheit zu geben, sachlich mit den Zahlen umzugehen. Das kann man wohl nicht ablehnen. Das sollten wir dann auch tun.

(Holger Astrup [SPD]: In der Hoffnung, daß das da verstanden wird! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn es denn nützt!)

Sie müssen heute doch einmal zur Kenntnis nehmen, was die einzelnen Fakten bedeuten. Führen Sie sich einmal die Zahlen vor Augen! Bei einer Zahl von 2.400 Haftbefehlen zu fragen, ob eine Vollstreckung überhaupt noch möglich ist, diese Frage so in den Raum zu stellen, ohne der Frage nachzugehen, in welche Richtung die einzelnen **Haftbefehle** gehen, wie sie aufgliedert sind - das hat der Herr Minister hier deutlich gemacht -, ist fahrlässig. Das geht so nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier wird ein Stück Falschaussage in die Bevölkerung gebracht. Das ist auch ein Stück Angsttreiberei.

Ich verstehe durchaus, daß sich eine Opposition bei diesem Punkt so verhält. Aber ich verstehe die Gewerkschaften und die Verbände nicht, wenn sie sich so verhalten, obwohl sie als Fachleute die Aufgliederung der Fakten beherrschen müßten oder die Aufgliederung sogar kennen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Als Gewerkschafter, der 35 Jahre Mitglied einer Gewerkschaft ist, darf ich mir wohl erlauben, folgendes zu sagen: Wenn mit solchen Zahlen an die Öffentlichkeit gegangen wird, muß man ein bißchen mehr Verantwortung erwarten.

(Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über diese Fragen sollten wir im einzelnen noch einmal sprechen.

Es ist ja bezeichnend, daß wir derzeit in Schleswig-Holstein keine Zielfahndung haben. Ein wichtiger Punkt ist auch, daß 14.000 Haftbefehle im Jahr erledigt werden.

Bezeichnend ist für mich auch die Situation Schleswig-Holsteins im Vergleich zur Bundesrepublik, daß es in Schleswig-Holstein bezüglich des Personal- oder Sachbestandes bei der Kriminalpolizei keinen fahrlässigen Umgang gibt. Die Zahl von 1,4 %, bezogen auf alle Fälle in der Bundesrepublik, spricht auch eine deutliche Sprache, die ich Sie zur Kenntnis zu nehmen bitte.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich darauf, daß wir im Innen- und Rechtsausschuß Gelegenheit haben werden, die Dinge noch einmal ausführlich zu besprechen, um in dieser Frage wieder zu mehr Sachlichkeit zu kommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

**Matthias Böttcher** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin eigentlich ganz froh, daß dieser Berichts Antrag gestellt worden ist; denn immerhin gibt er Gelegenheit, sich mit diesem Thema sachlich auseinanderzusetzen. Die Zahlen, die unkommentiert in der Presse dargestellt worden sind, klingen sehr dramatisch. Es ist für die Bevölkerung relativ schwer nachvollziehbar, was das eigentlich zu bedeuten hat. Es hört sich einfach dramatisch an, wenn gesagt wird: Es gibt 2.400 Straftäter in Schleswig-Holstein, die man nicht zu fassen kriegt. Eine solche Aussage verunsichert. Wir alle wissen, daß das **Gefühl der Sicherheit** ein subjektives ist, mit dem man sehr sorgfältig umgehen muß. Deswegen finde ich es gar nicht so schlecht, daß wir heute und dann auch im Innen- und Rechtsausschuß darüber diskutieren, so daß man das zurechtrücken und der Verunsicherung der Bevölkerung ein Ende setzen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Einige Oppositionspolitiker - da hat Herr Wienholtz recht - nutzen dieses Thema politisch aus. Wir haben die Diskussion auch am Tag der offenen Tür gehabt. Bei manchen entsteht der Eindruck, als ob Schleswig-Holstein ein Eldorado für Kriminelle wäre, was überhaupt nicht den Tatsachen entspricht. Ich glaube, wir sollten sehr vorsichtig damit umgehen und darüber im Innen- und Rechtsausschuß noch einmal diskutieren.

Sicherlich gibt es - auch von Gewerkschaftsseite - Kritik an der Organisation der überörtlichen Fahndung. Damit können wir uns auch noch einmal genau befassen. Ich glaube, daß das auch kein Wunder ist; denn es hat bei der Polizei Veränderungen - Umorganisationen und Neuorganisationen - gegeben, die am Anfang natürlich zu Schwierigkeiten führen, die man aber erst einmal auswerten und sich genau ansehen muß. Das wäre eine Aufgabe des Innen- und Rechtsausschusses, die ich für unterstützenswert halte. Aber ich halte es für falsch, damit Politik zu machen. Ich halte es für falsch, wenn eine verantwortliche politische Partei in diesem Lande solche Zahlen ungeprüft und unkommentiert übernimmt, in die Luft bläst und den Leuten damit angst macht. Ich glaube, damit sollte man aufhören, und man sollte dieses Thema rational und vorsichtig behandeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

**Wolfgang Kubicki** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch immer wieder beeindruckend, daß man zu mehr Sachlichkeit aufgefordert wird oder zu vorbehaltloser Diskussion über ein Thema - -

(Holger Astrup [SPD]: Ehrlichkeit reicht schon!)

- Kollege Astrup, es wäre gut, wenn die Sozialdemokraten miteinander und mit anderen ein bißchen ehrlicher wären. Der Opposition vorzuwerfen, sie nutze etwas aus, ist ein Standardargument, das immer dann gebracht wird, wenn man selbst nicht weiter weiß.

Es gibt in dieser Bevölkerung - davon konnten wir uns am Tag der offenen Tür alle überzeugen - eine Verunsicherung. Darauf reagiert Politik nicht nur mit Beschwichtigungsformeln, sondern unter anderem auch damit, daß etwas aufgegriffen wird.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Frau Kähler, auf Sie komme ich vielleicht noch zu sprechen.

Wenn auf die Frage eines Bürgers in diesem Hause, was die Landesregierung tut, um der steigenden Bedrohung der **inneren Sicherheit** Herr zu werden, von mir geantwortet wird: „nichts“, dann ist das eine durchaus zutreffende Antwort, die ich auch belegen kann.

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz: Das ist falsch, und Sie wissen, daß das falsch ist!)

- Die Landesregierung tut nichts, Herr Innenminister, um der steigenden Bedrohung der inneren Sicherheit Herr zu werden.

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz: Das ist schlicht falsch! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche steigende Bedrohung denn? - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 9 % weniger, und Sie reden

von steigender Bedrohung! Das ist Orwellsche Begriffsverdrehung!)

- Nicht nur ich rede von steigender Bedrohung, sondern auch der Innenminister redet von steigender Bedrohung, wie wir anlässlich der Beantwortung unserer Großen Anfrage in diesem Hause alle haben zur Kenntnis nehmen dürfen. Scheinbar haben Sie die Antworten nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Aber so ist es nun mal.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Differenzierung!)

- Frau Kollegin Erdsiek-Rave, auch ich hätte gern ein bißchen Differenzierung bei Ihren ständigen pauschalen Angriffen gegen die Bonner Politik. Das tun Sie doch auch nicht! Warum soll ich denn dann bei der Politik, die Sie hier im Lande durchführen, differenzieren? Warum soll ich bei der Aussage differenzieren, daß die Ausbildungskapazitäten Schleswig-Holsteins nicht einmal mehr ausreichen, in drei Jahren den Altersabgang aus eigenem Bestand zu ersetzen. Was soll ich da differenzieren?

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Peter Zahn [SPD]: Das stimmt gar nicht!)

- Das stimmt gar nicht? - Das steht doch auch in dem Bericht. Peter Zahn, es macht keinen Sinn mehr zu debattieren, wenn die Fakten schlicht und ergreifend hier ständig geleugnet werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich sage Ihnen: Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor Ort lesen sich sehr genau durch, was hier gesagt wird, und vergleichen das, was sie täglich erleben, mit dem, was hier von ministerieller Ebene ständig erklärt wird. Sie stellen fest, daß ihre Lebenswirklichkeit mit dem, was hier gesagt wird, nicht mehr übereinstimmt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deswegen empfehle ich dem Innenminister, auch einmal ohne Vorbereitung durch seinen Stab mit den Leuten vor Ort zu reden. Wenn er immer vorbereitet hinkommt, dann weiß er genau, was ihm präsentiert wird. Ich bin ohne eine entsprechende Vorbereitung bei Leuten gewesen und habe mir - so hatte ich mir das gar nicht vorgestellt - anhören müssen - wobei ich sage, daß man da differenzieren und Abstriche machen muß -, daß jedenfalls die Lebenswirklichkeit der Beamtinnen

und Beamten vor Ort nicht so ist, wie es uns gegenüber hier bisher geschildert oder auch im Innen- und Rechtsausschuß erklärt worden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Zahn [SPD])

- Kollege Peter Zahn, daß die Sozialdemokraten nicht einmal mehr mit den eigenen Gewerkschaftern reden, ist auch bezeichnend.

**2.400 Haftbefehle** nicht vollstreckt - das ist eine Meldung, die nicht von der Opposition in die Welt gebracht worden ist, sondern am 9. April in den „Kieler Nachrichten“ stand und entsprechende Reaktionen ausgelöst hat. Man muß sich die Zahl von 2.400 nicht vollstreckten Haftbefehlen einmal konkret vor Augen führen: Es sind 2.400 straffällig gewordene Personen, die sich dem Zugriff der Justiz entziehen. Hinter dieser Zahl verbergen sich mit Sicherheit nicht nur Schwerverbrecher, Herr Innenminister. Es verbergen sich dahinter aber auch nicht nur Eier- und Hühnerdiebe, sondern es sind durchaus - das werden wir im Innen- und Rechtsausschuß noch im einzelnen erörtern können - schwergewichtige Vorgänge.

Die Reaktion auf diese Meldung ist für mich bezeichnend. Wir hören hier heute nichts darüber, Herr Innenminister, daß die **Fahndungskapazitäten der Polizei** verbessert werden sollen, sondern wir hören, daß wir in Schleswig-Holstein im Vergleich zu Hamburg noch vergleichsweise gut dastehen. Aber welchen Bürger und welche Bürgerin aus Schleswig-Holstein soll es interessieren oder beruhigen, daß es in Hamburg, Niedersachsen oder anderswo noch schlechter ist als hier?

Die Leute haben Furcht davor, daß die Kapazitäten der Polizei und ihrer Einrichtungen nicht mehr ausreichen, beispielsweise dem flächendeckenden Aufkommen von Banden aus Albanien, Rumänien - wie auch immer - zu begegnen und damit ihr Leben, ihr Eigentum, ihre Sicherheit ordnungsgemäß und angemessen zu schützen.

Ich sage Ihnen noch einmal: Ich empfehle Ihnen wirklich, einmal Gespräche auf unterer Ebene ohne entsprechende Vorbereitung zu führen. Ich denke, in dem Falle kann man von den Beamtinnen und Beamten vor Ort auch etwas lernen.

Was sollen denn Behörden- und Dienststellenleiter angesichts Ihrer Aussage denken, daß bei Bedarf eigene Fahndungseinheiten gebildet werden können, die vor

Ort dringend gebraucht werden? Warum tun die Behördenleiter es denn eigentlich nicht? Ich will es Ihnen sagen, es ist ganz einfach: Weil sie es nicht können. Personal für besondere Fahndungseinsätze muß aus dem regulären Dienstbetrieb abgezogen werden mit der Folge, daß dann zwar Fahndungskapazitäten vorhanden sind, die Routinearbeit aber aus Personalmangel liegenbleibt. Man kann nicht die Löcher an der einen Stelle dadurch stopfen, daß man an der anderen Stelle welche aufreißt.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Das ist keine flexible Personalbewirtschaftung, sondern eine völlig ungenügende Verwaltung des Mangels. Sie, Herr Innenminister, und die gesamte Landesregierung lassen die Polizei im Regen stehen. Ihre vollmundigen Versprechungen, die Polizeibeamten durch den verstärkten Einsatz von Tarifpersonal von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten, sind eine Farce. Sie wissen das genau. Die Wirklichkeit sieht so aus, daß das Tarifpersonal zu den ersten Opfern der Einsparungen im Personalbereich gehört. Gewonnen ist mit dieser kurzfristigen Einsparaktion nichts; denn die Beamtinnen und Beamten, die eigentlich auf der Straße sein sollten, müssen selbst zu Schreibarbeiten zurückkehren, übrigens noch auf Systemen, die nicht schnell genug arbeiten. Damit werden sie der eigentlichen Fahndungstätigkeit und Fahndungskapazität entzogen.

Ich bin gespannt auf Ihre weitergehenden Erklärungen im Innen- und Rechtsausschuß. Seien Sie gewiß: Wir werden die Debatte im Detail und im einzelnen führen. Dann belege ich Ihnen meine Aussage vom Tag der offenen Tür.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zu Hause eine einschlägige Statistik liegen, die eindeutig den Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Störche und der niedrigen Geburtenrate belegt. Ich hole mir diese Statistik jedesmal raus, wenn es um Statistiken im allgemeinen und um Kriminalitätsstatistiken im besonderen geht.

Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, daß mit Statistiken gelogen werden kann, daß mit Statistiken manipuliert werden kann. Das ist etwas Grundsätzliches. Deshalb müssen wir jedesmal, wenn es um Zahlen geht, kritisch sein.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich war am Sonnabend dabei, als es um die innere Sicherheit ging. Ich bemängelte dort schon - Herr Kubicki, Sie werden es wissen -, daß wir sehr undifferenziert über das Thema sprachen, daß es sehr viel um subjektive **Wahrnehmung von Kriminalität** ging, daß wir also nicht versuchten - die Verantwortung müßten wir doch alle gemeinsam tragen -, den Menschen zu erklären, daß man keine Schwarzweißmalerei betreiben kann.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Doch jetzt zu dem Antrag der CDU. Mit dem vorliegenden Berichtsantrag verfolgt die CDU das Ziel, über die Entwicklung der **Fahndungskapazitäten** seit 1992 aufgeklärt zu werden. Ich überlegte mir, warum das Jahr 1992 in dem Antrag Erwähnung findet. Da fiel mir ein, daß damals das Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes beschlossen worden ist. Die CDU hatte den Gesetzentwurf seinerzeit in der Hauptsache aus drei verschiedenen Gründen abgelehnt.

Zum einen ging es um den sogenannten finalen Rettungsschuß. Dieser Begriff ist ja ein beschönigender Ausdruck für das, was damit wirklich gemeint ist, nämlich für einen gezielten Todesschuß. Die CDU trat für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage ein, die der Polizei die Möglichkeit eröffnen sollte, in bestimmten Fällen auf einen Täter mit dem Ziel zu schießen, diesen zu töten.

Zum zweiten verfolgte die CDU die Absicht, verdeckte Ermittlungen nicht nur im repressiven, sondern auch im präventiven Bereich zuzulassen. Die Parlamentsmehrheit war der Auffassung, daß verdeckte Ermittlungen allenfalls im Rahmen der Strafverfolgung nach der Begehung von Straftaten zulässig sein sollten.

Drittens ging es um die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Ordnung, die nach dem Entwurf als Polizeiaufgabe gestrichen werden sollte, womit die CDU damals nicht einverstanden war und wohl auch heute noch nicht einverstanden ist.

Der Sinn wichtiger Weichenstellungen für den Datenschutz wurde von der CDU damals ebenfalls angezweifelt.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie  
[CDU])

- Herr Schlie, ich versuche zu ergründen, warum Sie die Zahlen von 1992 mit einbeziehen wollen. Wenn die CDU in ihrem Antrag die Entwicklung seit 1992 anspricht, vermute ich dahinter eine bestimmte Absicht. Womöglich geht es einmal mehr um die so häufig verbreitete Behauptung, die Polizei in Schleswig-Holstein könne keine ausreichende **Verbrechensbekämpfung** leisten. Sollte der Antrag der CDU allerdings im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform stehen, dann hielte ich den Einsatz nicht für optimal, um es einmal ganz vorsichtig auszudrücken.

In der Frage der Bekämpfung der Kriminalität bestehen hinsichtlich des Wie unterschiedliche Auffassungen. Das ist unlängst auch bei der Debatte zur Schleierfahndung deutlich geworden. Dadurch würden offene Grenzen suggeriert und durch die Hintertür Überwachungsmodelle eingeführt, und das stimmt bedenklich. Folge der Öffnung der Grenzen darf aus der Sicht des SSW nicht der Überwachungsstaat sein. Wir halten an der Zielsetzung eines liberalen Rechtsstaates fest. Aus diesem Grunde lehnen wir es ab, daß zu Mitteln wie der Schleierfahndung gegriffen wird. Ich sagte es damals schon.

Aufgrund des Beitritts Dänemarks zum Schengener Abkommen in zwei Jahren und der damit verbundenen Öffnung der Grenzen wird im gesamten skandinavischen Raum ein Anstieg der Kriminalität, insbesondere der organisierten Kriminalität, erwartet. Dabei spielt auch unsere Lage als Ostseeanrainer eine Rolle. Natürlich müssen wir in der Lage sein, der zu erwartenden Entwicklung zu begegnen. Zur Zeit wird ja an einer länderübergreifenden Polizeizusammenarbeit gearbeitet. Auf eine Zusammenarbeit der Länder untereinander können wir sicherlich nicht verzichten. Allerdings besteht Uneinigkeit darüber, wie eine solche Zusammenarbeit auszusehen hat. Dem Gedanken von Europol stehe ich kritisch gegenüber. Also: zwischenstaatliche Zusammenarbeit ja, aber kein überstaatlicher Polizeiapparat.

Im übrigen stimme ich der Ausschußüberweisung zu.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wenn ich es richtig sehe, ist nur die Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuß beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir jetzt die beiden Tagesordnungspunkte 2 und 5 beraten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

#### **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über Mediendienste (Mediendienste-Staatsvertrag)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/629

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 14/668

Das Wort als Berichterstatter hat der Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses, der Herr Abgeordnete Maurus.

**Heinz Maurus [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Drucksache 14/668 und empfehle namens des Innen- und Rechtsausschusses Annahme.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

#### **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Bestimmung aufsichtsführender Länder nach**

## Artikel 87 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/642

Bericht und Beschlußempfehlung des  
Sozialausschusses  
Drucksache 14/680

Das Wort hat die Berichterstatterin Frau Abgeordnete Walhorn.

**Frauke Walhorn [SPD]:**

Der Sozialausschuß und der Innen- und Rechtsausschuß empfehlen einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfes.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Ich danke der Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 31: auf

### Fragestunde

Das Wort zur ersten Frage hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Herr Minister, teilt die Landesregierung die Auffassung der Bundes-SPD, daß die künftige Zwischenlagerung abgebrannter Kernbrennelemente unmittelbar bei den Kernkraftwerken erfolgen sollte, und trifft sie bereits Vorkehrungen bei den **Kernkraftwerken** Krümmel, Brokdorf und Brunsbüttel, solche **Zwischenlager** einzurichten?

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Happach-Kasan, die Position der Bundes-SPD ist in der Frage nicht zutreffend wiedergegeben.

Die SPD-Politiker haben vielmehr ein zentrales regionales **Zwischenlager in Süddeutschland** in die Diskussion gebracht, nicht aber die ausschließliche Zwischenlagerung der Brennelemente an den einzelnen Kraftwerksstandorten.

Die Landesregierung ist der Auffassung, daß die Überlegung der Bundes-SPD hinsichtlich einer Korrektur des Entsorgungskonzeptes für Atommüll von Ende der siebziger Jahre ein wichtiger Bestandteil der **Energiekonsensgespräche** auf Bundesebene sein sollte, und hält diese Überlegung, zur Minimierung der Transportwege die Zwischenlagerung für süddeutsche Kraftwerke in Süddeutschland vorzusehen, für sinnvoll. Die Kernkraftwerke sind auf Süddeutschland und Norddeutschland konzentriert. Ein gewisses Burden-sharing halten wir für vernünftig. Daß die gesamte Entsorgung der Kernkraftwerke nur im Norden, nur in Niedersachsen stattfindet, ist, denke ich, nicht unbedingt sinnvoll.

Die Kernkraftwerke Krümmel, Brokdorf und Brunsbüttel haben Zwischenlager zum Abklingen von Brennelementen. Für die langfristige Zwischenlagerung dieser Brennelemente sind diese Zwischenlager nicht ausreichend. Die Landesregierung hat keinen Anlaß, zur Zeit Überlegungen oder Anträge zu betreiben oder Auflagen zu erteilen, um damit von dem derzeitigen Endlager- und Zwischenlagerkonzept abzuweichen und Planungen zu korrigieren.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Gibt es weitere Fragen? - Zu einer ersten Zusatzfrage hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

In welcher Weise wird die Landesregierung, entsprechend ihren jetzigen Äußerungen, darauf hinwirken, daß die Transporte der abgebrannten Kernelemente nach **Gorleben**, dem norddeutschen **Zwischenlager**, mit weniger Aufwand an Sicherungsmaßnahmen durchgeführt werden können?

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Es hat bislang noch keine Transporte von den Kernkraftwerken Schleswig-Holsteins nach Gorleben gegeben. Uns ist aber bekannt, daß alle drei Kernkraftwerke sowohl in Gorleben als auch in Ahaus Stellplätze angemietet haben. Darüber ist zu entscheiden, wenn die ersten Transporte anstehen. Da in diesem Jahr vermutlich kein einziger Transport



anstehen wird, haben wir noch keine Sicherheitsüberlegungen angestellt.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß die notwendigen Transporte von den **schleswig-holsteinischen Kernkraftwerken** angemessen durchgeführt worden sind und nicht zu solchen Sicherheitsaufwendungen geführt haben wie in Gorleben.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zu einer weiteren Zusatzfrage erhält Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Ich darf also davon ausgehen, daß die Landesregierung die Einschätzung teilt, daß das Ansägen von Schienen, das Werfen von Hakenkrallen auf Oberleitungen und das Zerstören von Straßen nicht durch das von der Verfassung garantierte **Demonstrationsrecht** gedeckt sind?

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Davon können Sie ausgehen.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] und Bernd Schröder [SPD])

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Wodarz.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Herr Minister, stellt der **Entsorgungsnachweis** für die AKW in Schleswig-Holstein auf das Zwischenlager Gorleben ab?

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Zum Wiederauffahren muß ja der Entsorgungsnachweis erbracht werden. Konkret stellt zur Zeit kein Kernkraftwerk auf Gorleben ab. Ich habe aber eben schon der Frau Abgeordneten Happach-Kasan gesagt, daß uns bekannt ist, daß die drei schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke in Gorleben insgesamt 29 und in Ahaus 56 Stellplätze angemietet haben.

Es gibt allerdings eine Zusage der Landesregierung gegenüber dem **Kernkraftwerk Krümmel**. Es ist so gewesen, daß der Betreiber des Kernkraftwerks Krümmel einer Forderung der Landesregierung nachkommen wollte, keine neuen Wiederaufarbeitungsverträge mit Sellafield zu schließen, sogenannte Neuverträge. Dafür wollte er von uns die Zusage: Wenn wir die Verträge kündigen, werdet ihr zu gegebener Zeit einen Entsorgungsnachweis in Gorleben anerkennen! - Das habe ich getan, weil ich es für wesentlich wichtiger halte, so schnell wie möglich aus der Wiederaufarbeitung auszusteigen und dann allerdings den Transport in ein Zwischenlager nach Gorleben in Kauf zu nehmen.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Für eine weitere Zusatzfrage erhält Herr Abgeordneter Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Minister, wann ist nach Ihrer Einschätzung mit einem ersten Transport aus einem schleswig-holsteinischen Kernkraftwerk zum Zwischenlager Gorleben zu rechnen?

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Erstens gibt es in den Kernkraftwerken Schleswig-Holsteins noch Zwischenlagerkapazitäten. Zweitens gibt es noch vertragliche Verpflichtungen aus den sogenannten Altverträgen zur Wiederaufarbeitung von Brennelementen sowohl in Sellafield als auch in La Hague. Insofern gehe ich davon aus, daß in absehbarer Zeit leider Transporte nach England und Frankreich stattfinden werden und zunächst nicht nach Gorleben. Ich wünschte mir, daß die Kernkraftwerksbetreiber die Wiederaufarbeitung so schnell wie möglich einstellten und mit der Zwischenlagerung, so zum Beispiel in Gorleben oder Ahaus, begännen. Ich hätte überhaupt keine Skrupel, mich für die entsprechenden Transportgenehmigungen einzusetzen.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort zu einer Zusatzfrage hat jetzt Herr Abgeordneter Matthiessen.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Minister, meine Frage bezieht sich auf den Status des Gorleben-Lagers. Ist es so, daß der Betrieb des Zwischenlagers Gorleben ein Präjudiz für **Gorleben** als **Endlager** bildet?

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Matthiessen, die ursprüngliche Planung, die es unter der Regierung Albrecht gegeben hat, war die, in Gorleben ein integriertes **Entsorgungskonzept** inklusive der Wiederaufarbeitung zu schaffen. Ich sehe in dem ausschließlichen Zwischenlager in Gorleben - ich hoffe für die Kernkraftwerke Norddeutschlands - kein Präjudiz. Die Landesregierung hat auch durch eigene Gutachten immer ihre Skepsis zum Ausdruck gebracht, daß der Salzstock in Gorleben für ein Endlager für wärmeentwickelnde, hochradioaktive Abfälle geeignet ist. Wir meinen - dahin gehen ja jetzt auch die Überlegungen des Energiekonsenses -, daß auch andere Standorte - auch in anderen geologischen Formationen - für ein Endlager untersucht werden müssen. Ich sehe darin in keinem Fall ein Präjudiz für ein Endlager in Gorleben.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zu einer dritten und damit letzten Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan** [F.D.P.]:

Herr Minister, wie bewertet die Landesregierung die Sicherheit von Transporten auf der Schiene im Vergleich zur Sicherheit von Transporten auf Binnenschiffahrtswegen?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Hubschraubern war auch noch eine Variante!)

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Happach-Kasan, Sie werden vielleicht wissen, daß ich Mitglied der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands bin. Insofern bewerte ich den Sicherheitsstandard für Eisenbahntransporte sehr hoch.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:  
Ich habe nach dem Vergleich gefragt! - Unruhe)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Nabel das Wort.

**Konrad Nabel** [SPD]:

Herr Minister, ich komme zurück auf die Frage der Zwischenlagerung in Kernkraftwerken. Sind alle drei schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke gleichermaßen für ein Zwischenlager geeignet, und wie hoch waren die Zwischenlagerkapazitäten Ende 1996?

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Ich habe schon vorhin angedeutet, daß es **Zwischenlagerkapazitäten** für die Brennelemente gibt, die je nach Kraftwerk noch unterschiedlich lange ausreichen. Die längste Kapazität liegt in Brokdorf mit 4,8 Zyklen; bei den anderen beiden Kernkraftwerken reichen die Zwischenlagerkapazitäten nur noch 1 bis 1,5 Zyklen aus, wenn nicht abtransportiert wird, wohin auch immer.

Die Eignung als Zwischenlager für die jetzige Zwischenlagerung oder aber auch für - wie Frau Happach-Kasan gefragt hat - ein dezentrales Zwischenlager ist unterschiedlich zu beurteilen. Zum Beispiel ist das Kernkraftwerk Krümmel und damit auch das vorhandene Lager nicht so gegen Flugzeugabstürze abgesichert wie die Lager in Brunsbüttel oder Brokdorf. Da muß man differenzieren. Für weitere Zwischenlagerkapazitäten gibt es allerdings kein atomrechtliches Verfahren.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Hay das Wort.

**Lothar Hay** [SPD]:

Weil Minister Möller die Zwischenlagerkapazitäten angesprochen hat, möchte ich mich der betriebswirtschaftlichen Seite zuwenden und fragen, welche Auswirkungen die in der Diskussion befindliche Zwischenlager- und Endlagerkonzeption auf die **Rückstellungen der AKW-Betreiber** in betriebswirtschaftlicher Hinsicht haben.

(Zurufe: Das ist interessant!)

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Es gibt verschiedene Rückstellungen, für den Rückbau der Kernkraftwerke, für den Bau der Endlager, für den sicheren Einschluß. Die sind im Prinzip nicht in der Diskussion. Von Relevanz sind nur die Rückstellungen, die die Kernkraftwerksbetreiber in der Größenordnung

von 10 Milliarden DM für den Betrieb der Endläger gebildet haben. Hier ist zu beurteilen, ob diese Rückstellungen überhaupt zulässig sind.

Die Finanzministerkonferenz ist der Auffassung, daß man wegen der völligen Unbestimmtheit, wann und wo ein solches Lager zu betreiben ist, jetzt noch gar keine Rückstellungen bilden kann. Der Bundesfinanzminister und einige Länder sind der Auffassung, daß zumindest die Rückstellungen, die gebildet werden, abgezinst werden müssen. Bei der Abzinsung ist es sehr wohl von Bedeutung, ob - wie ursprünglich geplant - ein solches Lager im Jahre 2008 oder 2009 in Betrieb geht oder ob es - wie jetzt in den Energiekonsensgesprächen gerade von den AKW-Betreibern vorgeschlagen wird - ausreichen würde, ein Endlager erst im Jahre 2030 zu haben. Mit der längeren Abzinsungszeit erhöhen sich natürlich die sich daraus ergebenden Steuerlasten. Der Bundesfinanzminister hat die Zahl von mindestens 750 Millionen DM genannt auf der Basis des Jahres 2009. Auf der Basis des Jahres 2030 gibt es Berechnungen, die von einer Summe von etwa 3 Milliarden DM Steuern ausgehen.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zu einer zweiten Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Wodarz das Wort.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Herr Minister, wie beurteilen Sie den Vorschlag des CDU-Abgeordneten Jacoby, die Rückstellungen der Kernkraftwerksbetreiber in einem **öffentlichen Fonds** zu verwalten?

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Auch ich habe diesen Vorschlag heute morgen in der „Welt“ gelesen. Einen ähnlichen Vorschlag hat der SPD-Abgeordnete Scheer gemacht. Ich vermute, daß das eine Reaktion von Politikern auf das Verhalten der Kernkraftwerksbetreiber ist, was die **Steuerpflicht** und die Rückstellungen angeht.

Die großen Energieversorgungsunternehmen sind ja sonst nicht zimperlich, was Investitionen angeht, aber sie klagen gegen die Windenergie, sie haben jetzt massivsten Widerstand gegen den Bundesfinanzminister angekündigt für den Fall, daß es zu einer Abzinsung kommt. Ich verstehe eigentlich ganz gut, daß Politiker dann sagen, es gäbe vielleicht auch ganz andere Möglichkeiten.

In Schweden zum Beispiel wird das ganz anders gehandhabt. Dort werden für jede Kilowattstunde 0,35 Öre in einen Fonds eingezahlt; der wird vom Staat verwaltet. Wenn Entsorgungskosten anfallen, wird das Geld daraus abgerufen.

Es gibt aber auch andere Modelle. Ich will dem gar nicht unbedingt das Wort reden, aber ich denke, ihrer Steuerpflicht müssen die Energieversorger und die Kernkraftwerksbetreiber nachkommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Rückstellungen nicht zulässig sind, dann sind sie nicht zulässig, und wenn sie abgezinst werden müssen, müssen sie abgezinst werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das steht doch gar nicht in Frage!)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist offenbar nicht der Fall. Ich schließe damit die Behandlung dieser Frage.

Wir kommen zur zweiten Frage. Das Wort zur Frage Nr. 2 hat der Herr Abgeordnete Kubicki. - Herr Minister, Sie könnten eigentlich hier vorn stehen bleiben.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Ich frage die Landesregierung - wer denn auch immer antworten mag -: Teilt die Landesregierung die Auffassung, daß mit dem Wegfall des Vermögensteuergesetzes die Grundlage für eine weitere Veranlagung in nichtbestandskräftigen Verfahren entfallen ist, und mit welchen Steuerausfällen wäre zu rechnen, wenn die in der Steuerrechtsliteratur geäußerte Auffassung, daß eine weitere Vermögensteuerveranlagung für die Zeit vor dem 31. Dezember 1996 nicht zulässig ist, zutreffend wäre?

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zur Beantwortung der Frage hat Herr Minister Möller das Wort.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kubicki, die Landesregierung vertritt im

Gegensatz zu Ihnen und auch im Gegensatz zu den Veröffentlichungen, auf die Sie sich beziehen, nicht diese Auffassung, sondern wir sind sehr wohl der Meinung, daß selbstverständlich die **Steuerpflicht** auch für Veranlagungstichtage vor dem 31. Dezember 1996 besteht.

Das hat übrigens das Finanzgericht Saarbrücken

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vor ein paar Tagen!)

am 18. April bestätigt. Auch bei uns ist ein Verfahren anhängig.

Das **Bundesverfassungsgericht** hat nur gesagt, daß natürlich für einen Veranlagungszeitraum nach dem 31. Dezember keine neuen Veranlagungen stattfinden, aber selbstverständlich rückwirkend Veranlagungen stattfinden. Es ist ja nicht so wie beim Einkommensteuerrecht, bei dem jährlich veranlagt wird, sondern das geschieht hier am 1. Januar 1993, 1995 und 1999. Der Termin 1999 war geplant, aber der wird wohl entfallen. Das waren die Termine.

Ich bleibe dabei: Für Veranlagungen, die zwar nach dem 31. Dezember 1996, aber für den Veranlagungszeitraum vor dem 31. Dezember 1996 durchgeführt werden, ist das völlig okay. Dieser Auffassung sind sowohl der Bundesfinanzminister als auch alle Landesfinanzminister und jetzt auch das erste Finanzgericht.

Es wäre auch abwegig anzunehmen, daß das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung diejenigen Steuerpflichtigen benachteiligen wollte, die ihre Steuererklärung pflichtgemäß abgegeben haben, und diejenigen bevorzugen wollte, die die Abgabe der Steuererklärung entweder hinauszögern oder deren Erklärungen durch die Finanzämter noch nicht bearbeitet worden sind. Das kann das Bundesverfassungsgericht gar nicht gemeint haben.

Ich habe deshalb auch mit einem Erlaß vom 14. März veranlaßt, daß Anträge auf Aussetzung der Vollziehung abzulehnen sind.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darüber ist auch die Steuerberaterkammer informiert worden.

Ich habe auch auf einer Veranstaltung der Steuerberater dazu etwas gesagt. Nach dem Urteil in Saarbrücken werde ich das Gespräch erneut suchen. Ich hoffe, daß es nicht weiter zu öffentlichen Aufrufen kommt, Widersprüche einzulegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zu seiner ersten Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Minister, zunächst einmal habe ich auch nach den zu erwartenden **Steuerausfällen** für den Fall gefragt, daß Ihre geäußerte Rechtsauffassung nicht zutreffend sein sollte.

Aber meine jetzige Frage geht dahin, mit welchem zusätzlichen **Verwaltungsaufwand** Sie rechnen, wenn dem Aufruf der Vereinigungen der Steuerberater auch in Schleswig-Holstein Folge geleistet wird, gegen alle Veranlagungsbescheide Einspruch einzulegen.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Entschuldigung, die erste Frage habe ich nicht korrekt und ausführlich beantwortet. Richtig ist, daß am 1. April noch 32 % der Steuerpflichtigen, die zum Stichtag 1. Januar 1995 zu veranlagten waren, nicht veranlagt worden sind. Übrigens ist es ja ganz interessant: Wir haben immerhin 56.000 Vermögensteuerpflichtige am 1. Januar 1995 gehabt. Das sind die, die jetzt 254 Millionen DM nicht mehr zu zahlen haben. Das verteilt sich auf so viele Schultern.

(Günter Neugebauer [SPD]: Die haben das geschenkt bekommen!)

Wie hoch der **Ausfall** genau sein wird, Herr Kubicki, haben wir in der Kürze der Zeit nicht ermitteln können. Es gibt ja zum Teil Vorauszahlungen, zum Teil sind es Veranlagungen. Richtig ist nur, daß die **Steuerschätzung** auch in diesem Fall im November wohl völlig daneben lag. Die hat ja prognostiziert, daß wir in diesem Jahr nur noch ein Aufkommen in Höhe von 15 Millionen DM haben werden. Tatsächlich hatten wir in den ersten drei Monaten schon ein Aufkommen von fast 20 Millionen DM. Wir gehen also davon aus, daß auch in den letzten drei Quartalen

noch Vermögensteuer aus diesen rund 18.000 zu veranlagenden Fällen fließen wird.

Deshalb werde ich jetzt auch noch einmal das Gespräch mit dem Steuerberaterverband und mit der Steuerberaterkammer führen.

Damit ist natürlich ein gewaltiger **Verwaltungsaufwand** verbunden. Wir haben - darum wollen wir uns ja auch bemühen - diese 32 % jetzt zügig zu bearbeiten. Aber wenn in jedem Fall das **Widerspruchsverfahren** eingeleitet wird, ist das natürlich für die Verwaltung ausgesprochen mißlich. Der Verwaltungsaufwand ist immens.

Nachdem in der ersten Instanz so deutlich die Position des Bundesfinanzministers und damit unsere Position bestätigt worden ist, meine ich, daß es eigentlich angebracht wäre, sich in einer gemeinsamen Erklärung der Landesverwaltung und der Steuerberater zu revidieren, was Widersprüche angeht.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zu einer Zusatzfrage bekommt jetzt der Herr Abgeordnete Neugebauer das Wort.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Herr Minister, wie beurteilen Sie denn vor dem Hintergrund der von Ihnen geschilderten Rechtsauffassung und des ja wohl unbestritten hohen Verwaltungsaufwandes die Tatsache, daß nach meinen Informationen bei den Steuerberatern des Landes schon vorgefertigte Antragsformulare zur Einlegung von Rechtsbehelfen gegen die Vermögensteuer im Umlauf sind?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist deren Aufgabe!)

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Ja, das ist mir bekannt, daß die auch veröffentlicht worden sind. Ich muß allerdings sagen, die sind vor dem erstinstanzlichen Urteil in Saarbrücken vom 18. April veröffentlicht worden. Deswegen werde ich Frau Carlsen und die OFD bitten, so schnell wie möglich das erneute Gespräch mit dem Ziel zu suchen, zu überlegen, ob man das nicht revidieren könnte.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Gibt es weitere Zusatzfragen? - Die Frau Abgeordnete Kähler erhält das Wort zu einer Zusatzfrage.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Herr Minister, wie hoch sind denn die **Steuermindereinnahmen** durch Wegfall der **Vermögensteuer**

(Meinhard Füllner [CDU]: Das hat er doch schon gesagt!)

- nein! - unter Berücksichtigung der teilweisen Kompensationen durch Anhebung der **Erbschaftsteuer** und der **Grunderwerbsteuer** für die Jahre 1997 bis einschließlich 2000? - Das hat er noch nicht gesagt, Herr Füllner.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Ich habe hierzu die Bundeszahlen. Es hat ja keine volle Kompensation gegeben. Wenn es dabei bleibt, daß die Vermögensteuer wegfällt, die bis zum Jahr 2000 auf etwa 10,5 Milliarden DM anwächst, und man Grunderwerbsteuer und höhere Erbschaftsteuer gegenrechnet - über die Sozialverträglichkeit der Anhebung der Grunderwerbsteuer zu sprechen, wäre ein weites Feld -, verbleiben in etwa 2 Milliarden DM pro Jahr, die für die Länder hängenbleiben. Ab 1998 und folgende Jahre sind es etwa 2 Milliarden DM, die nicht kompensiert sein werden. Wenn man das, weil das eine Landessteuer ist, nach dem alten Schlüssel auf das Land umlegt, dann wären das 50 bis 60 Millionen DM. Man kann diesen Schlüssel auf Schleswig-Holstein aber nicht so pauschal anwenden, weil das Vermögensteueraufkommen in Schleswig-Holstein völlig anders als in Hamburg mit der Klientel an der Elbchaussee ist. Wir haben also einen niedrigeren Schlüssel anzusetzen. Deshalb ist die verlässlichste Zahl die, daß für die Länder in den nächsten vier Jahren jährlich etwa 2 Milliarden DM hängenbleiben werden.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zu seiner zweiten Zusatzfrage hat der Herr Abgeordnete Neugebauer das Wort.

(Zuruf von der CDU)

**Günter Neugebauer [SPD]:**

- Ja, manche rühmen sich, daß sie gar keine Steuern zahlen müssen.

Herr Minister, angesichts der von Ihnen eben geschilderten Steuerausfälle für das Land Schleswig-Holstein liegt ja die Frage nahe, ob die Landesregierung Initiativen beabsichtigt zur Wiedereinführung zumindest der **privaten Vermögensteuer**?

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Wir haben die Bundesratsinitiative unterstützt. Sie muß noch in den Bundestag zurück, und Schleswig-Holstein wird auch im Rahmen der Steuergesetzgebung - der drei anhängigen Verfahren - die Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer fordern, denn nur wenn sie wieder eingeführt wird, kommen wir auch zu einer wirklichen Entlastung in Teilbereichen des Einkommensteuertarifs.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Frau Abgeordnete Heinold erhält für eine weitere Zusatzfrage das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Finanzminister Möller, angesichts der Situation, die wir in dieser Republik haben, und angesichts der Situation, daß allen zugemutet wird, den Gürtel enger zu schnallen, frage ich Sie, wie Sie in dieser gesellschaftspolitischen Situation den Versuch derjenigen beurteilen, die es sich leisten können, sich mit allen rechtlichen Tricks aus einer Pflicht zur Steuerzahlung herauszuwinden und jede Möglichkeit zu suchen, doch nicht zu zahlen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was heißt denn hier, die Möglichkeit zu suchen, doch nicht zu zahlen?)

Trauen Sie es dem Bundeskanzler zu, einmal ein paar deutliche Worte zu sprechen?

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Herr Minister, darf ich eine Zwischenbemerkung einfügen? Es dürfen keine bewertenden Äußerungen in den Fragen enthalten sein, Frau Abgeordnete Heinold!

Sie haben das Wort, Herr Möller.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

In der öffentlichen Finanzausschußsitzung hat der Herr Abgeordnete Kubicki zu dieser Frage gesagt, daß es in Vorstandsetagen Heerscharen von Leuten gebe, die nur damit beschäftigt seien, Steuerminimierungsprogramme zu erarbeiten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist richtig!)

Die Aufgabe der Steuerberater ist es natürlich auch, ihre Klientel zu beraten. Dazu kann man stehen, wie man will. Ich denke, die Hauptschuld hat der Gesetzgeber,

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DE GRÜNEN)

weil er das Steuerrecht eben nicht so transparent macht und Tatbestände, die er nicht mehr haben will, über die Gesetzgebung ausschließt.

(Beifall)

Das ist dann zwar vielleicht bitter für den Arbeitsaufwand bestimmter Berufsgruppen, aber ich denke, die **Vereinfachung des Steuerrechts** ist notwendig, da es viele Subventionstatbestände enthält und die das Übel unseres Steuersystems sind, die natürlich die hohe Kreativität bei allen Beteiligten nahezu herausfordern. Ich hoffe, daß in den schwierigen Steuerverhandlungen die Aspekte der Steuervereinfachung und des **Subventionsabbaus** nach wie vor im Auge behalten werden, und nicht nur die Bundestagswahl.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zu einer weiteren Zusatzfrage erhält der Herr Abgeordnete Hay das Wort.

**Lothar Hay [SPD]:**

Herr Minister, der Zusammenhang zwischen dem Wegfall der Vermögensteuer und einer Teilkompensation durch das neue Erbschaftsteuerrecht

ist bereits angesprochen worden. Meine Frage hierzu ist: Wie ist der Stand der **Veranlagung der Erbschaftsteuer** nach neuem Recht in Schleswig-Holstein beziehungsweise welche personellen und vor allen Dingen organisatorischen Maßnahmen sind zur zeitnahen Veranlagung der Erbschaftsteuer nach neuem Recht in Schleswig-Holstein geplant?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist eine gute Frage!)

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Nach dem neuen Erbschaftsteuerrecht sind bisher lediglich 100 Fälle veranlagt worden. Das sind Fälle, die nichts mit der Bewertung von Grund- oder Betriebsvermögen zu tun haben. So bitter das auch ist, muß man zugeben, daß durch das späte Gesetzgebungsverfahren die Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der neuen **Grundstücksbewertung** zwischen Bund und Ländern - die müssen das Steuerrecht ja einheitlich anwenden - noch nicht einmal alle abgeschlossen sind. Was beispielsweise die Bewertung von Grundstücken angeht, so haben der Bundesfinanzminister und der Abteilungsleiter des Landes Bayern von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch gemacht. Dieser Widerspruch kann notfalls nur durch die Finanzministerkonferenz aufgehoben werden. Das ist der aktuelle Stand.

Gleichwohl hoffe ich sehr, daß nun in den nächsten Monaten auch die Veranlagung der Erbschaftsteuerpflichtigen nach neuem Recht beginnen kann, und zwar auch wegen der erhöhten Einnahmen. Wir wollen uns insofern darauf vorbereiten, daß wir im Laufe des Jahres die **Erbschaftsteuerstelle**, die zentral in Kiel angesiedelt ist, personell verstärken. Dazu sind Anmietungen erforderlich. Die Voraussetzungen sind gegeben. Also, personelle Verstärkung, stärkerer PC-Einsatz!

Was noch nicht abschließend entschieden ist, das ist die Frage, ob der Engpaß bei der Erbschaftsteuerstelle oder bei der Bewertung nach dem neuen Recht liegt. Vielleicht müssen wir auch in den Finanzämtern die **Bewertungsstellen** verstärken. Aber ich frage mich nur, wo das Personal herkommen soll. Das müßte dann irgendwo abgezogen werden. Vielleicht finden wir einen Weg, Personal aus dem Ausbildungsjahrgang dieses Jahres zu rekrutieren, um zumindest in den größeren Bewertungsstellen eine Personalverstärkung vorzunehmen.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Fragestunde.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der 12. Tagung angelangt. Am 14. Mai findet eine Gedenkfeier aus Anlaß der 50. Wiederkehr des Jahrestages des ersten gewählten Landtages in Schleswig-Holstein statt. Die 13. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages beginnt am 15. Mai.

Die Tagung ist geschlossen.

**Schluß: 12:56 Uhr**